

Juni 2017

Wir wünschen uns weitere 60 Jahre

Als das Getöse der Kämpfe des Zweiten Weltkriegs noch nicht verklungen war, stellte T.S. Eliot die Behauptung auf, dass nur ein Ausländer sich in einen echten Europäer verwandeln könnte. Zu einem Zeitpunkt als die „beiden Europas“ noch nicht „zusammengenäht“ waren, wie es mein verehrter Freund Bronislaw Geremek so treffend ausdrückte, erinnerte sich Milan Kundera daran, dass er sich erst als Europäer fühlte, als er Europa verlassen hatte. Vor Kurzem machte der kanadische Premierminister Justin Trudeau geltend, dass „die EU ein außergewöhnlicher Ort“ sei. Sie stelle ein Modell der friedlichen Zusammenarbeit dar, das von entscheidender Bedeutung sei, um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen. Ein starkes Europa gereiche der Welt insgesamt zum Vorteil.

Diese drei Zeugnisse aus den Jahren 1943, 1980 und 2017 lassen die Einzigartigkeit des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Modells aufscheinen, aus dem wir auf unserem Kontinent Nutzen ziehen. Da Europa die Nationalstaaten allerdings überlagert, ist es nicht verwunderlich, dass Ereignisse in den Nationalstaaten auch an jener supranationalen Organisation nicht spurlos vorbeiziehen. Heute durchlaufen wir eine Krise der politischen Repräsentation, die durch die technologisch-digitale Revolution und die Wucht populistischer oder nationalistischer europafeindlicher Positionen beschleunigt wird. Aber gerade in Europa werden wir die Wirkmacht unserer Prinzipien und die Stärke unserer Überzeugungen finden, um uns denjenigen zu widersetzen, die das, was in diesen sechzig Jahren des Friedens und des Wohlstands erreicht wurde, nur zerstören wollen.

Was nun? Konzentrieren wir uns auf jene Aufgaben, die für alle Europäer von Belang sind und daher auch europäische Lösungen erfordern: Impulse für das Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialer Fortschritt, Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Freiheit und Sicherheit unseres Kontinents, insbesondere wenn sie einen Bezug zur Migration oder Terrorismusbekämpfung aufweisen, und die Stärkung unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

Wie sollen wir dabei vorgehen? Der sogenannte Bericht der fünf Präsidenten zeigt viele Möglichkeiten auf, wie wir mit Blick auf eine verstärkte Integration in den Bereichen Wirtschaft, Steuern und Politik voranschreiten können.

Wer soll diese Aufgabe übernehmen? All diejenigen, die stets darauf bedacht sind, dass das Tempo der Schnellsten nicht durch das der Langsamsten beeinträchtigt wird. Persönlich bin ich davon überzeugt – und an der Berliner Humboldt-Universität vor zwei Jahren habe ich mich dafür ausgesprochen – dass der Euro-Raum das Zentrum der Schwerkraft in diesen Bereichen auf dem Weg zu einer verstärkten Integration sein muss.

Vor sechzig Jahren bezeichnete Bundeskanzler Adenauer, einer der Protagonisten bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge, deren Unterzeichner als „Gruppe von Freunden, die sich an einen Notar wendet, um sich offiziell als Bowling-Mannschaft zu registrieren“. Es ist an der Zeit, dass unsere Regierungschefs Führungsqualitäten, Überzeugungen und den Willen an den Tag legen, um den Herausforderungen, vor denen Europa steht und die die Herausforderungen aller Unionsbürger sind, zu begegnen.

Íñigo Méndez de Vigo

Mitglied des Europäischen Parlaments (1992–2011)

Minister für Bildung, Kultur und Sport und Regierungssprecher Spaniens

Änderung der Finanzierung des Haushalts der Europäischen Union

Damit den enormen aktuellen Herausforderungen begegnet werden kann und die europäischen Bürger nicht an seiner Nützlichkeit zweifeln, müssen der Haushaltsplan der Union und die darin veranschlagten Ausgaben und Einnahmen dringend überarbeitet werden. Dies ist das wichtigste Ergebnis des Berichts, der dem Europäischen Parlament am 12. Januar 2017 von der hochrangigen Gruppe Eigenmittel unter dem Vorsitz von Mario Monti vorgelegt wurde.

Die Haushaltspolitik ist seit jeher ein Bereich, in dem unterschiedliche Vorstellungen von Europa und bisweilen widersprüchliche nationale Interessen aufeinanderprallen. Doch während die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Regionalpolitik bzw. die europäische Forschung in der öffentlichen Aufmerksamkeit sehr präsent sind, bleibt es vielen europäischen Bürgern ein Rätsel, woher die Europäische Union die Mittel für ihr politisches Handeln bezieht. Dies ist nicht weiter erstaunlich, da über 75 % der Mittel aus nationalen Beiträgen finanziert werden, von denen die europäischen Bürger nicht unmittelbar berührt werden.

Diese Beiträge sind Teil des Eigenmittelsystems der Union, d. h. des Systems der Mittel, die die Mitgliedstaaten in den Haushalt der Union einbezahlen. Der Beschluss über die Zuweisung der Mittel ist nicht unerheblich; er muss einstimmig gefasst und i. d. R. von der gesetzgebenden Versammlung eines jeden Mitgliedstaats ratifiziert werden.

Das bestehende System hat sich seit den 1980er Jahren kaum verändert und bewirkt, dass sich ein stark vereinfachtes Bild des Haushalts der Union verfestigt hat, das zwischen „Zahlungsempfängern“ und „Beitragszahlern“ unterscheidet, die sich in einem Nullsummenspiel gegenüberstehen, in dem für unsere gemeinsamen Ziele und einen europäischen Mehrwert kein Platz bleibt. Im Gegenteil: Wird ein Euro zum Wohl aller ausgegeben, beispielsweise um die Außengrenzen der Union zu sichern oder der Migrationskrise zu begegnen, so wird unterstellt, dass er dem Land zugutekommt, in dem

er ausgegeben wird (Griechenland, Italien usw.), jedoch auf Kosten aller anderen Länder geht. Dies hat nicht nur verheerende Folgen für das Ansehen der Union, sondern entspricht auch nicht der Wahrheit und ist einer Reform der Ausgabenseite nicht förderlich, auf der jeder darauf erpicht ist, sich seine Mittel oder seinen Rabatt zu bewahren.

Unsere Gruppe, die sich aus von dem Europäischen Parlament, dem Rat bzw. der Kommission ernannten Mitgliedern zusammensetzt, hat daher 9 Empfehlungen vorgelegt, um das bestehende System transparenter, einfacher und gerechter zu gestalten und es unter eine bessere demokratische Kontrolle zu bringen.

Die jüngsten Krisen stellen eine enorme Belastung für den Haushalt dar. Zudem haben sie uns vor Augen geführt, in welchen Bereichen ein Tätigwerden auf Unionsebene am ehesten angebracht ist und die größte Wirkung zeigt; dies sind die innere und die äußere Sicherheit, die Verteidigung, die Bekämpfung des Klimawandels und die Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen sowie mittel- und langfristige Investitionen für Wachstum und Beschäftigung. Um das Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen und die Legitimität unserer europäischen Politik zu festigen, muss aus dem Haushaltsplan der Europäischen Union hervorgehen, dass bei der Bewältigung der enormen aktuellen Herausforderungen Fortschritte erzielt werden.

Wir waren um pragmatische Empfehlungen bemüht, die mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen umgesetzt werden können und keine systematische Erhöhung der Mittel vorsehen, denn die Höhe der Mittel hängt nicht von der Einnahmenstruktur, sondern von dem mehrjährigen Finanzrahmen ab, der von den Staats- und Regierungschef einstimmig beschlossen wird. Alle neuen Eigenmittel gehen folglich mit einem Rückgang der BNE-Eigenmittel einher. Wir legen gleichermaßen dar, dass es sich bei den Eigenmitteln nicht um europäische Steuern handelt, da die Steuerhoheit bei den Mitgliedstaaten verbleibt. Dieser Punkt ist ungemein wichtig, da aus ihm hervorgeht, dass eine ehrgeizige Reform des Haushalts ohne Änderung des Vertrags oder der jeweiligen Kompetenzen der einzelnen institutionellen Akteure möglich ist.

Folglich liegt der Ball nun bei der Kommission, die die Initiative ergreifen und sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen des nächsten Haushaltsplanungszeitraums Vorschläge vorlegen muss. Gleichzeitig ist es notwendig, dass wir die Arbeit des Europäischen Parlaments aufmerksam verfolgen, das dieses Thema stets forciert und bereits angekündigt hat, dass es noch vor Eingang der förmlichen Vorschläge der Kommission politisch Stellung zu der Zukunft des Haushalts der EU nehmen will.

Unsere 9 Empfehlungen und unser Schlussbericht zum Nachlesen:

http://ec.europa.eu/budget/mff/hlgor/index_de.cfm

Mario Monti,

Die vervollständigung der wirtschafts- und währungsunion

Über viele Jahrhunderte hinweg war Europa stets allen anderen Kontinenten voraus. Hier entstanden alle wichtigen kulturellen Bewegungen und künstlerischen Ausdrucksformen wie der Barock oder die Romantik, die wirtschaftlichen Errungenschaften, etwa die industrielle Revolution oder die einheitliche Währung, und ideologische Strömungen, wie die christliche Demokratie oder die Sozialdemokratie. Viele dieser Strömungen beeinflussten nicht nur sämtliche europäische Gesellschaften, sondern hatten auch Einfluss auf globaler Ebene.

Heute ist Europa zum ersten Mal in der Geschichte bei den Veränderungen, die gerade vorstatten gehen, nicht die treibende Kraft dieses Wandels.

Die Europäische Union hat mit mehreren Krisen zu kämpfen, die allesamt schwerwiegend und sehr komplex sind, deren Ursprung außerhalb der Union liegt und die zwei weitere gemeinsame Merkmale aufweisen:

Sämtliche Krisen, in die Europa verwickelt ist, sind systemischer Natur; das heißt, sie können nicht gelöst, es können nicht einmal ihre Auswirkungen gemildert werden, wenn man sie nicht mittels eines systemischen Ansatzes untersucht. Dies wurde zu Beginn der Staatsschuldenkrise Griechenlands und auch bei den Entscheidungen, die angesichts der Probleme in dem Land getroffen wurden, deutlich.

Das zweite Merkmal besteht darin, dass alle Krisen einen mittel- und langfristigen Ansatz erfordern. Die Reaktionen auf die nacheinander entstehenden Krisen wurden fast immer ad hoc ausgearbeitet, sozusagen aus dem Ärmel geschüttelt, und waren äußerst kurzfristig angelegt.

Europa muss ein Gleichgewicht herstellen, mit dem die folgenden drei wesentlichen Punkte gewährleistet werden können: Kontrolle, Vertrauen und Stabilität. In diesem Zusammenhang sollte der Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) Priorität eingeräumt werden, die nur dann eine wirkliche Wirtschafts- und Währungsunion sein wird, wenn sich die Bankenunion, der Kapitalmarkt und automatische Stabilisierungsmechanismen – die durch eine Stärkung der Fiskalkapazität garantiert werden – gegenseitig ergänzen.

Wenn es in den Volkswirtschaften zu Ungleichgewichten kommt und eine Abwertung der Währung nicht möglich ist, funktionieren die alternativen Mechanismen, auf die normalerweise zurückgegriffen wird, nicht mehr.

Beim Faktor Arbeit ist die Mobilität sehr eingeschränkt, weshalb dieser nicht als Puffer fungieren kann, wenn es zu einem asymmetrischen Schock kommt. Eine weitere Möglichkeit bestünde in einer Korrektur durch eine Anpassung der Preise und Gehälter; diese hat sich jedoch schon als wenig wirkungsvoll und verbunden mit sehr hohen sozialen Kosten erwiesen. Zudem stimmen die Konjunkturzyklen der Mitgliedstaaten im

Euro-Währungsgebiet nicht vollständig überein, wodurch die Gefahr von asymmetrischen Schocks besteht. Schließlich erhöhen die finanziellen Beziehungen und die Handelsbeziehungen innerhalb des Euro-Währungsgebietes das Risiko, dass ein Schock, der einen bestimmten Mitgliedstaat betrifft, zu einem systemischen Risiko wird.

Aus diesen Gründen stellt die Fiskalunion die systemische Antwort dar, die die WWU erfordert, da diese ein Abfedern von Schocks ermöglichen wird, die aufgrund ihrer Tragweite auf einzelstaatlicher Ebene niemals effizient bewältigt werden können.

Einige Mitgliedstaaten werden sich in einer heiklen Lage wiederfinden, da sie zustimmen müssen, Risiken abzufedern, zu deren Entstehen sie in keinster Weise beigetragen haben, was dazu führen kann, dass sie Mittelübertragen in sehr kurzen Zeitabständen vornehmen müssen. Dieses Phänomen wird in der englischsprachigen Terminologie „moral hazard“ genannt.

Wenn jedoch über einen ausreichend langen Zeitraum ein Ansatz verfolgt wird, der einem auf Sicherheit basierenden System ähnelt, werden alle Mitgliedstaaten Mittelübertragungen erhalten, bis sich ihre Nettoposition nahe Null befindet.

Aber seien wir ehrlich: Wenn wir uns zu sehr auf das Konzept des „moral hazard“ konzentrieren, wird nie jemand ein Sicherheitssystem einführen und Nutzen aus den Vorteilen ziehen können, die aus einer gemeinsamen Maßnahme entstehen.

José Albino da SILVA PENEDA

BREXIT

Meine britischen Kollegen nehmen es mir hoffentlich nicht übel, dass ich vor kurzem ein Buch mit dem Titel „Brexit une chance...?“ (Der Brexit: eine Chance?) veröffentlicht habe. Im Sinne der im Buchtitel enthaltenen Frage, vor allem aber im Sinne des Untertitels „Repenser l’Europe“ (Europa neu denken) ist dieser Artikel ihnen gewidmet.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass die These, der Brexit könne etwas Gutes an sich haben, in einer Zeit, in der viele darauf hofften, dass die „Remain“-Seite gewinnt, überraschte. Trotzdem war und bin ich zutiefst von dieser Auffassung überzeugt.

Das europäische Projekt wurde in den vergangenen Jahren immer wieder schlecht geredet, was dazu geführt hat, dass ein großer Teil der Bürger inzwischen eine tiefe Ablehnung empfindet.

In meinem Werk untersuche ich die Ursachen für diesen langsamen Abstieg:

- ein technokratisches Vorgehen,

- die Tatsache, dass Europa immer wieder als bequemer Sündenbock herhalten muss,
- ultraliberale Tendenzen, während Europa in einer tiefen Krise steckt, die es nicht überwinden kann,
- enttäuschte Erwartungen in den Bereichen, in denen die Bürger berechtigterweise viel von EUROPA erwarteten,
- ein schlechtes Krisenmanagement: vor allem die anlässlich der Finanzkrise gegenüber bestimmten Ländern an den Tag gelegte brutale „Strenge“, mit der bei den Bürgern jener Länder der Glaube an die dort ursprünglich sehr starke europäische Idee zerstört wurde, die Flüchtlingskrise, bei der sich die egoistische Politik der meisten Mitgliedstaaten durchgesetzt und die Machtlosigkeit Europas und den beunruhigenden Verfall seiner Werte offengelegt hat.

Seitdem scheint Europa ohne Kurs und ohne Vision zu sein und seit einigen Jahren herrscht der Eindruck, dass „das Flugzeug ohne Pilot fliegt...“.

All dies hat mich zu der Überzeugung kommen lassen, dass es zwar sehr bedauerlich wäre, wenn es zum Brexit käme, dass er aber gleichzeitig die Chance bieten würde, Europa neu zu denken.

Ich kenne natürlich die engen Verbindungen, die wir zu Großbritannien haben, und niemand wird jemals vergessen, welche wichtige Rolle dieses Land während des Zweiten Weltkriegs gespielt hat. Viele der britischen Abgeordneten im Europäischen Parlament waren überzeugte Europäer, wie etwa der kürzlich verstorbene Julian Priestley, der unvergessen bleiben wird. Aber man muss der historischen Realität ins Auge sehen: Die Beteiligung der Briten an der Europäischen Union war immer schon voller Widersprüche und ihr Beitritt beruhte von Anfang an auf einem absichtlichen Missverständnis: Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wollte das Vereinigte Königreich den Zutritt zu einem großen Markt erlangen, und sonst nichts.

Dieses prinzipielle Problem wurde immer wieder durch Opt-Out-Klauseln umgangen: mit einer Nichtbeteiligung an Schengen, am Euro, an bestimmten Teilen der europäischen Sozial- und Asylpolitik und an der Grundrechtecharta, einer Opt-Out-Regelung im Bereich Justiz und einer Nichtbeteiligung an einem Teil des EU-Haushalts mit dem berühmten Britenrabatt von Margaret Thatcher unter dem Leitsatz: „I want my money back!“

Deshalb kommt der Austritt Großbritanniens in gewisser Weise einer Klarstellung gleich. Zudem „verurteilt“ er die Europäer dazu, gründlich über die Zukunft ihres Kontinents nachzudenken.

Innerhalb der Union sind aus geschichtlichen Gründen vor allem Frankreich und Deutschland hierfür verantwortlich.

Doch die Solidarität gegenüber den Mitgliedstaaten in Südeuropa muss umfassend bleiben. Und wir müssen intensiver als bisher gemeinsam überlegen, wie wir die nötige Strenge bei der Verringerung der Haushaltsdefizite mit der Notwendigkeit verbinden können, wieder zu wirtschaftlichem Wachstum zu kommen.

Die Bereiche, in denen wir mehr Europa anstreben müssen, müssen konsequent benannt werden. Aber wir müssen realistisch genug bleiben, um zu erkennen, dass es sehr schwierig sein wird, mit 27 Mitgliedstaaten in einem einheitlichen Tempo voranzugehen.

Heute ist immer öfter von Bereichen der verstärkten Zusammenarbeit die Rede. Wenn dieser Ansatz auch bei bestimmten Staaten nicht sehr beliebt ist, so müssen doch möglichst harmonische Lösungen gefunden werden, die es den Staaten, die in bestimmten Bereichen weiter und schneller voranschreiten wollen, ermöglichen, dies auch zu tun, und den anderen Staaten, später aufschließen zu können, sofern sie es wünschen.

Die wichtigsten Baustellen müssen dort eröffnet werden, wo die Erwartungen der Bürger am größten sind:

- das Ankurbeln von Wachstum und Beschäftigung,
- innere und äußere Sicherheit,
- die Ausstrahlung der Europäischen Union weltweit.

Um das zu erreichen, sollte man sich auf die Ursprünge besinnen, also darauf, „konkrete Tatsachen“ zu schaffen, wie es bereits Robert Schuman vorgesehen hat.

Um wieder mehr Wachstum zu erreichen, muss der von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgelegte Investitionsplan wesentlich ehrgeiziger gestaltet werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Staaten muss durch Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereich Industrie, Energie und Digitales um ein Vielfaches gesteigert werden.

Der Zugang der jungen Menschen zu Arbeitsplätzen muss durch die Einführung eines Erasmus-Programms für Auszubildende verbessert werden, von dem schon seit Langem gesprochen wird, das aber bisher nur als Pilotprojekt einiger Länder existiert.

In Bezug auf die Sicherheit ist die Stärkung der Außengrenzen eine Priorität. Hier hat es Fortschritte gegeben, die aber nicht ausreichen. Dasselbe gilt für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit.

Schließlich die europäische Verteidigungspolitik, ein Bereich, in dem die Bürger schon immer Fortschritte wünschten: Hier müssen jene voranschreiten können, die dies wünschen, und warum sollen sich nicht auch die Briten, auch nach ihrem Austritt, daran beteiligen.

Die Europäische Union wurde überall in der Welt bewundert und beneidet für die Werte, die sie verkörpert und bezeugt. Sie muss wieder zu diesem Leuchtfener werden, indem sie sich entschieden den Aufgaben widmet, eine Migrationspolitik und eine gemeinsame

Außenpolitik aufzulegen, die den geopolitischen Spannungen vorgreift und sie begleitet, und eine Entwicklungspolitik zu schaffen, die den Erwartungen unserer nächsten Nachbarn entspricht.

Zum Abschluss möchte ich darauf hinweisen, dass die Jugend heute wiederzuentdecken scheint, wie wichtig Europa ist, und dass dieser Wunsch sich für jeden sichtbar auch in den Stimmen der jungen Briten gezeigt hat, die in ihrer Mehrheit für „Remain“ gestimmt haben.

Die kommenden Monate werden gewiss schwierig sein, doch ich bin, meine lieben britischen Freunde, davon überzeugt, dass unser Abschied jetzt nur ein vorübergehender sein wird...

Nicole Fontaine

Vereint in unterschiedlichkeit

Sechzig Jahre Hoffnung, Begeisterung, Enttäuschung und erneute Hoffnung für all jene, die wie ich und Millionen von EU-Bürgern nach wie vor daran glauben, dass die Europäische Union das einzige Projekt ist, mit dem durch Frieden sowie zivilen und gesellschaftlichen Fortschritt für mehr Stabilität und Gerechtigkeit gesorgt werden kann.

Um dafür zu sorgen, dass diese Hoffnung Wirklichkeit wird, muss die EU jedoch den politischen und kulturellen Willen aufbringen, sich auf ihre Wurzeln zu besinnen, und es dabei zustande bringen, die Ideale von vor 60 Jahren mit der Realität von heute und den Erwartungen von morgen in Einklang zu bringen.

Beim Europäischen Konvent wurde niedergeschrieben, dass wir „in Vielfalt geeint“ seien, um die Achtung und die Würdigung zum Ausdruck zu bringen, die wir unseren unterschiedlichen Lebensweisen sowie unseren gemeinsamen Geschichten aus Vergangenheit und Gegenwart entgegenbringen müssen, und um die Solidarität zu bekunden, die wir einander angesichts der möglichen künftigen Probleme leisten und zusichern müssen.

Heutzutage ist die EU nicht von Solidarität geprägt – um das zu erkennen, muss man sich nur die Probleme im Zusammenhang mit der Einwanderung und der Aufnahme von Migrantinnen oder die Unfähigkeit der EU, geeint gegen den Terrorismus sowie gegen neue und immer umfassendere Formen der Armut vorzugehen, ansehen. Der EU fehlt es an wirtschaftlicher Umsicht, und sie verfügt weder über ein gemeinsames Projekt, noch achtet sie die Traditionen der einzelnen Länder, da – nicht nur im Handelsbereich – zu viele bilaterale Abkommen zwischen der Union und Drittländern abgeschlossen werden, wodurch die Landwirtschaft und das verarbeitende Gewerbe zerstört werden, die die Grundlage für das BIP der Mitgliedstaaten bilden.

Da sie nicht in der Lage ist, die politische Union zu verwirklichen, hat sich die EU dem übertriebenen Erlass von Verordnungen und Richtlinien verschrieben, wodurch die Verfahren unnötigerweise erschwert werden und die Entwicklung behindert wird. Gleichzeitig wird jedoch außer Acht gelassen, dass das Steuer- und Zollsystem der Union harmonisiert werden muss. Kurzum, in den vergangenen Jahren kam es aufgrund der übermäßigen Reglementierung und Bürokratie zu einer Entfremdung der Bürger vom europäischen Traum, was das Aufkommen gefährlicher euroskeptischer Strömungen zur Folge hat.

60 Jahre nach der Unterzeichnung der Verträge ist es erforderlich, die politische Union, die gemeinsame Verteidigung, ein harmonisiertes Steuersystem und eine neue europäische Bürgerschaft entschieden voranzutreiben und somit zu verhindern, dass der Zusammenbruch unausweichlich wird. Doch gibt es in Europa führende Politiker, die dieser seit Langem bestehenden und unerlässlichen Aufgabe gewachsen sind?

Cristiana Muscardini

Ein Neustart für Europa und die Römischen Verträge

In einem der schwierigsten Momente in der Geschichte der Europäischen Union feiern wir den Jahrestag der Unterzeichnung ihrer Gründungsverträge. Diese Verträge waren das Ergebnis des Bestrebens einer Gruppe von recht unterschiedlichen Persönlichkeiten, die jedoch alle von den gleichen Idealen des Friedens, der Einheit und des Wohlstands geleitet wurden. Mit ihrer außergewöhnlichen politischen Weitsicht und ihrer Hoffnung für die Zukunft Europas übten die Gründerväter Alcide De Gasperi, Altiero Spinelli, Jean Monnet, Robert Schuman, Joseph Bech, Konrad Adenauer und Paul-Henri Spaak großen Einfluss aus.

Am 25. März 1957 unterzeichneten Italien, Frankreich, Westdeutschland, Belgien, die Niederlande und Luxemburg die Römischen Verträge; es war die Geburtsstunde der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Und genau 60 Jahre danach sind die 27 amtierenden europäischen Staatsoberhäupter und Regierungschefs erneut in der „Sala degli Orazi e Curiazi“ im Kapitol in Rom zusammengekommen, um einen Neuanfang zu beschließen. Sie haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie sich dazu verpflichten, in den kommenden zehn Jahren die europäische Integration neu zu beleben und den Mut wiederzufinden, der einst die Gründerväter auszeichnete. Ein wichtiges Mitglied fehlte jedoch: Großbritannien, das am 29. März offiziell das Verfahren für den Austritt aus der EU (Brexit) gemäß Artikel 50 des Vertrags von Lissabon eingeleitet hat.

Die Europäische Union besteht heute aus 27 Staaten mit mehr als 500 Millionen Bürgern. Sie bildet die größte Wirtschaftsgemeinschaft der Welt; ihr Wort hat überall großes Gewicht, sowohl in Wirtschafts- als auch in Menschenrechtsfragen.

Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde betont, dass sich Europa in einer entscheidenden Phase befinde, in der dem nationalistischen Egoismus ein Ende gesetzt werden müsse und

es konkreter Maßnahmen bedürfe. Die 27 Staatsoberhäupter und Regierungschefs und die europäischen Organe haben Absichtserklärungen für den Neustart Europas unterzeichnet und einhellig die Unteilbarkeit Europas bekräftigt. Dabei wollen sie gemeinsame Interessen ermitteln und sich für eine stärkere Harmonisierung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten einsetzen. Außerdem wurde betont, wie wichtig es sei, dass alle den gleichen Weg einschlagen, auch wenn sie dabei unterschiedlich schnell voranschreiten. Für den italienischen Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni bedeutet das Dokument, das 60 Jahre nach den Verträgen unterzeichnet wird, einen „Schritt nach vorn“ bei der Erneuerung des Vertrauens in ein gemeinsames Projekt, das auch in Zukunft Emotionen wecken kann. Der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, führte aus, man sei zusammengekommen, um erneut das Engagement für ein vereintes, ungeteiltes Europa zu bekräftigen. Nur gemeinsam ließen sich die großen Herausforderungen bewältigen.

Es wurden zahlreiche Feierlichkeiten abgehalten – sei es im Quirinalpalast, im Senat oder in der Abgeordnetenversammlung –, bei denen die führenden Politiker Italiens und Europas zusammenkamen, etwa im Rahmen der außerordentlichen Sitzung der Präsidenten der Parlamente der EU, bei der der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani sagte, der Jahrestag der Unterzeichnung der Verträge könne der ideale Anlass für einen unbürokratischen politischen Neuanfang sein, bei dem Europa wieder das Heft des Handelns in die Hand nehmen könne.

Ich persönlich möchte darauf hinweisen, dass wir den Mut haben müssen, unsere Zusammenarbeit miteinander so zu gestalten, dass wir unseren gemeinsamen Werten Rechnung tragen, mit konkreten Maßnahmen auf die aktuellen Herausforderungen – Wachstum, Investitionen, Arbeit und Ausbildung, Bekämpfung der Armut, Migrationspolitik, Sicherheit und Verteidigung, Einheit und Solidarität – reagieren und so das Vertrauen unserer Bürger wiedergewinnen.

Diesem Thema ist auch die vom Europäischen Hochschulinstitut im italienischen Außenministerium gezeigte Wanderausstellung „Ever Closer Union“ (Eine immer engere Union) gewidmet. Sie wurde im Rahmen der Konferenz mit dem Titel „The re-launching of Europe and the Rome treaties“ (Ein Neustart für Europa und die Römischen Verträge) eingeweiht, die vom italienischen Außenministerium in Zusammenarbeit mit der nichtstaatlichen Organisation Istituto Affari Internazionali (Institut für internationale Angelegenheiten) organisiert wurde. In dieser Ausstellung schildert das Historische Archiv der Europäischen Union anhand von Dokumenten, Bildern und Zeugnissen die gesamte Geschichte der europäischen Integration – vom Manifest von Ventotene bis heute – und gibt am Ende einen Ausblick auf die Herausforderungen der Zukunft.

Monica Baldi

Weshalb muss die verstärkte Zusammenarbeit ausgebaut werden?

Die Geschichte der letzten Jahrzehnte lehrt uns, dass Bündnisse zwischen den Staaten unerlässlich sind, um gemeinsame Angelegenheiten zu lösen:

- In der Benelux-Union sind Belgien, Luxemburg und die Niederlande zusammengeschlossen.
- In der Visegrád-Gruppe sind es Polen, Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik.

Und es können zahlreiche weitere wirtschaftliche, militärische und diplomatische Kooperationen angeführt werden.

Seit einigen Wochen verweisen Angela Merkel und verschiedene politische Verantwortungsträger auf die Möglichkeit, neue Formen der verstärkten Zusammenarbeit festzulegen. Dies ist bereits beim Euro (19 Staaten) und beim Schengen-Raum (26 Staaten) in die Praxis umgesetzt worden.

Am Freitag, 10. März, wurde in Brüssel von 17 Staaten ein neues Abkommen zur Betrugsbekämpfung verabschiedet. Darüber wurde in den Medien kaum berichtet. Dennoch sind die Auswirkungen von enormer Bedeutung, weil es darum geht, die 50 Mrd. EUR zurückzugewinnen, die aufgrund von grenzüberschreitendem Betrug jedes Jahr an den nationalen Haushalten vorbeigeschleust werden. Dieser Betrag muss im Verhältnis zum Unionshaushalt (160 Mrd.) gesehen werden. Wer wird also das große Interesse an dieser neuen Zusammenarbeit bestreiten, zumal es einem einzelnen Staat nicht gelingt, einen solchen Betrug zu verhindern!

Die verstärkte Zusammenarbeit stellt ein ausgezeichnetes Verfahren dar, um die Probleme zu lösen, die auf einzelstaatlicher Ebene allein nicht bewältigt werden können – wenn sie denn pragmatisch und nicht berechnend angegangen wird und im Nachhinein angepasst werden kann, um die dabei auftretenden Defizite zu beheben (wie dies im Fall des Euro und des Schengen-Raums auch offenkundig wurde).

Am 25. März sind die 27 Staats- und Regierungschefs zusammengekommen, um den 60. Jahrestag der Römischen Verträge zu begehen. Dieses Treffen darf keine bloße Gedenkveranstaltung sein. Behalten wir die im Jahr 1957 verwendete Formel stets vor Augen: „Das europäische Aufbauwerk muss ein dynamischer und kontinuierlicher Prozess sein.“

Gemeinsam mit allen anderen Verantwortungsträgern und zahlreichen europäischen Organisationen erwarten wir, dass die Staats- und Regierungschefs neue Zielvorstellungen ankündigen und eine neue europäische Dynamik darbieten. Etwa durch die Schaffung neuer Formen der verstärkten Zusammenarbeit, was in einer

ausgesprochen unruhigen Welt auf der Ebene der Verteidigung und Diplomatie unerlässlich ist.

Selbstverständlich müssen diese neuen Initiativen die Gemeinschaftsmaßnahmen ergänzen, sodass die Union der 27 gestärkt werden kann.

Jean Marie BEAUPUY

EURO-NATIONALER PARLAMENTARISMUS

„[...]Europas Zukunft [liegt] in unseren Händen [...]. Wir versprechen, unseren Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, wenn sie ihre Anliegen zum Ausdruck bringen, und auf diese Anliegen einzugehen, und wir werden mit unseren nationalen Parlamenten zusammenarbeiten.“

Auf diese Weise finden die nationalen Parlamente in der Erklärung von Rom zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge Erwähnung, während das Europäische Parlament nicht erwähnt wird. Das sollte nicht überraschen.

Zwei Grundsätze, die in den ersten Artikeln ihrer „Verfassung“, des Vertrags von Lissabon, formuliert sind, machen die Natur der Europäischen Union aus. Der erste lautet: „Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.“ Der zweite erklärt: „Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Union bei [...].“ Ein Wort verbindet beide Formulierungen: das Wort „Arbeitsweise“. Es bedeutet, dass die Beteiligung der nationalen Parlamente an der Union nicht auf einen bestimmten Bereich beschränkt ist, sondern die Gesamtheit betrifft. Wenn in der Verfassung der Union von „repräsentativer Demokratie“ die Rede ist, bezieht sich dies deshalb nicht nur auf das Europäische Parlament, sondern auch auf die Parlamente der Mitgliedstaaten. Diese Erklärungen stehen nicht nur isoliert in den Verträgen, sondern sie kommen in konkreten Situationen zur Geltung.

Die repräsentative Demokratie der Union steht tatsächlich auf zwei Säulen. Aber auch das Umgekehrte gilt: Die Kontrolle durch die nationalen Parlamente kann sich ihrerseits auf die europäische Ebene auswirken. Die Legitimitäten sind miteinander verflochten und wirken fast wie nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren aufeinander. Die nationalen Parlamente können gemeinsam wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen, die ihnen andernfalls völlig entgehen würden. Das Europäische Parlament hat Einfluss auf Gebiete, die den nationalen Parlamenten zum großen Teil entzogen sind, wie etwa Sicherheit und gemeinsame Verteidigung.

Am 16. Februar dieses Jahres hat das Europäische Parlament darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen des Vertrags „ihr Potenzial noch nicht in Gänze entfaltet haben“, und dass die „Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit [...] zwischen den Ausschüssen

des Europäischen Parlaments und ihren einzelstaatlichen Entsprechungen“ besteht, um Kontrolle über die jeweiligen Verwaltungen auszuüben.

Die gegenwärtige Organisationsstruktur Europas und seine Grundsätze leiden nicht an einem Demokratiedefizit, wie die Gegner Europas behaupten. Was es möglicherweise tatsächlich gibt, ist eine „demokratische Zusammenhanglosigkeit“ zwischen den einzelnen Ebenen. Alle Verbindungsleitungen sind da. Sie müssen aber miteinander verbunden werden, damit das Licht angeht. Aber im Namen eines aus dem vergangenen Jahrhundert stammenden Souveränitätsdenkens (das zwei Weltkriege ausgelöst hat) zu behaupten, dass sie nicht vorhanden wären und dass es sie nicht geben könne, bedeutet, das Dunkel zu wollen.

Im Gewebe der Unionsstrukturen bedeutet „parlamentarische Demokratie“ ein System, das nicht nur aus dem Europäischen Parlament besteht, sondern alle Parlamente der Union in gegenseitiger Abhängigkeit – in einem eben systemischen Netzwerk – miteinander verbindet.

Die Union selbst beruht eben auf einem derartigen euro-nationalen System. Das ist ihre innerste Struktur, gewissermaßen ihre DNA, ihr Rückgrat, auf dem alles andere beruht und wodurch alles andere legitimiert ist.

Denn die Stimme der europäischen Bürger ist die Basis von allem: eine Stimme, die vielfältige Wirkung hat. Jedes Mal, wenn die europäischen Bürger ihre Stimme für ihre nationalen Parlamente abgeben, stimmen sie tatsächlich auch für das Europäische Parlament ab, und umgekehrt „stimmen“ die Bürger auch für die anderen nationalen Parlamente der Union. Kein Wahlgang ist mehr isoliert zu betrachten, jeder wirkt sich auf die gesamte Union aus.

Hier lässt sich sehr gut erkennen, dass die Einheit der „in Vielfalt geeinten“ Union eben auf ihren Parlamenten beruht. Die Legitimität der Union an sich beruht auf dem Verbund ihrer Parlamente. Das ist die Aussage der prägnant gefassten „Erklärung von Rom“ über die ersten 60 Jahr der Europäischen Union.

Andrea Manzella

Die vierte Gewalt.

Zum 20.Jubiläum des EURO sollte man an die aufregende Zeit seiner Geburt denken, als wir im Parlament (1988-92) viele Diskussionen, gerade auch im Wirtschafts- und Währungsausschuss dazu hatten.

Schon in den 80er Jahren hatte man die floatenden Wechselkurse in einen Rahmen – das Europäische Währungssystem EWS- gepackt. Innerhalb einer Marge von 2,5 % nach oben und unten konnten die Wechselkurse um den Dollar herum schwanken.

Nachdem dieses Mittel, die Wechselkurse der wichtigsten EU-Staaten nicht allzu weit von einander driften zu lassen, von 1979 an Erfolg zeigte, meinte man, es sei die Zeit gekommen, die Wechselkurse, der eigentliche Ausgleichspuffer für die unterschiedliche Wachstumskraft (Produktivitäten) der Staaten, einfach abzuschaffen.

Der Wille zu einer Einheitswährung (Single Currency) war sehr groß, nachdem der Binnenmarkt (Single Market) 1992 vollendet schien und die Liberalisierungsstrategien, also Privatisierungsbemühungen von den Staatsmonopolen weg zu mehr Wettbewerb zu kommen gelungen schien.

Der Glaube an die Integrationskraft einer gemeinsamen Währung war unerschütterlich, wie Helmut Kohl mir versicherte, dass das Verteilen gleichen Geldes in die Hände aller EU-Bürger für ihn ein Selbstläufer war, eine automatische Integration der Staaten. Meine wirtschaftswissenschaftlichen Vorstellungen, dass das Fehlen einer Fiskalunion bis zu ihrer Bildung - der Krönung der Währungsunion (Krönungstheorie)- gemeinsame Zahlungsmittel, Recheneinheit, Wertaufbewahrungsmittel) unmöglich mache.

Es ging also bei der Diskussion 1990/92 um das System, die Mitgliedsländer und den ersten Präsidenten. Ob Italien die Konvergenzkriterien erfülle, war bis 1998, dem Zeitpunkt der Festlegung nicht sicher, beförderte aber schon in 1992, dem Zeitpunkt des 10jährigen Abwicklungszeitraums die Spekulation gegen die Lira, so dass das EWS mit doppelter Intervention der Zentralbanken, um die Lira in den Margen zu halten, sowieso nicht zu halten war.

Am 1. Mai 1998, in dem ‚längsten Arbeitsfrühstück‘ (10:00 – 4:00 am 2. Mai), so Helmut Kohl, sollten die Mitglieder der Währungsunion und der erste Präsident festgelegt werden.

Erstaunlich war, so der Holländer Präsident Wim Duisenberg, der unserer EVP-Fraktion zu ihrer Sitzung in Berlin noch sein Hand-Protokoll faxte, dass er danach den Vorsitz für 8 Jahre annahm, dass aber in der Presse der von den Franzosen drakonisch verlangte französische Nationalbank-Präsident Jean-Claude Trichet als Nachfolger nach 4 Jahren berichtet wurde. Tatsächlich zog Duisenberg sich nach 4 Jahren zurück, obwohl er es wohl nicht so gewollt hatte.

Besonders interessant bei der Diskussion im Wirtschafts- und Währungsausschuss des E.P. war das Misstrauen der Franzosen gegenüber dem Modell der Bundesbank, das auf der Unabhängigkeit der Zentralbank und damit des neutralen, unpolitischen Geldes beruhte. Die französischen Kollegen warfen uns aus Deutschland vor, eine 4. Gewalt, die monetäre Gewalt, aufgebaut zu haben; sie würden nur 3 Gewalten (Legislative, Exekutive, Juridicative) kennen.

Ich musste meine ganze Überzeugungskraft aufbieten, zu beweisen dass gerade die Stärke der DM daher kam und dass der an Ökonomie nicht wesentlich

interessierte Kanzler Kohl nicht die Zinssätze der Geldpolitik festlegen könne; andere Kanzler vor ihm ebenfalls nicht, höchstens aus subjektiver Sicht oder um mit einer inflationären Geldpolitik und kurzem Boom ihre Wiederwahl zu sichern.

Da die Franzosen aber Politiker als weiser als Zentralbanker hielten, sollte wenigstens die Kontrolle der EZB durch den ECO/FIN in den Maastricht Vertrag.

Ich, die ich über das EURO-system dissertiert und später habilitiert habe, konnte damals schon in meinen Veröffentlichungen die späteren Probleme des EURO

voraussagen, da die Mundel'schen Kriterien eines optimalen Währungsraumes(optimum currency area) nicht erfüllt waren, die neben den konvergenten Zinssätzen

und Verschuldungsständen eine ähnliche Inflationsneigung in allen Mitgliedsländern, also die Entscheidung zwischen Konsum und Sparen fordern.

Prof.Dr.Ursula Braun-Moser

Ausdehnung des Schlachtfelds in den Weltraum

Die Geschichte der Menschheit ist eine lange Reihe von Kriegen zu Land und zu Wasser. Jetzt ist auch der Weltraum zum Schlachtfeld geworden.

Nach dem Start des Sputnik 1957 hat sich der „Cyber-Space“ schnell gefüllt. Mehr als 8.000 Satelliten wurden seitdem in den Weltraum geschossen. Etwa 3.000 von ihnen befinden sich derzeit noch in der Erdumlaufbahn, von denen allerdings lediglich etwas über 1.000 tatsächlich funktionieren. Die statistischen Angaben zu den aktiven Satelliten sind ungenau, da eine wachsende Zahl von ihnen militärischen Zielen wie Kommunikation, Überwachung und Spionage und vor allem als mögliche Träger von Angriffswaffen dient.

Theoretisch verbietet es der 1967 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geschlossene Weltraumvertrag, „Kernwaffen [...] in eine Erdumlaufbahn zu bringen“. Es ist jedoch nicht verboten, Raketen oder Strahlenbündel, insbesondere Laserstrahlen, in die Umlaufbahn, zu bringen. Der 1983 von Präsident Reagan ins Leben gerufene „Krieg der Sterne“ befindet sich weiterhin in der Umlaufbahn. Etwa 15 Staaten verfügen über militärische Satelliten! 2007 hat China mit einer von der Erde aus gestarteten Rakete einen seiner eigenen Satelliten zerstört, der nicht mehr benötigt wurde.

Die meisten Satelliten dienen der Kommunikation und der Regelung der Infrastruktur. Aber auch alle Verbundnetze werden vom Weltraum aus überwacht. Die digitale Revolution hat unendliche Möglichkeiten für eine verbesserte Organisation der

menschlichen Gesellschaft eröffnet, doch gleichzeitig entstand eine ständige Überwachung und völlige Abhängigkeit.

Die gesamte Kommunikation kann abgefangen werden und häufig in staatlichen Diensten stehende Hacker dringen in alle IT-Systeme ein. Unter Präsident Bush war es den Amerikanern gelungen, einen Virus in das IT-System der iranischen Nuklearzentrale in Natanz einzuschleusen. Dieser „Stuxnet“ genannte Virus wurde auch in anderen Industriekomplexen gefunden, etwa in Wasserkraftwerken.

Die Digitalisierung hat nicht nur die Smartphones hervorgebracht, sondern auch die Finanz- und Energieströme hängen von der digitalen Datenverarbeitung ab. Der Flug- und Schiffsverkehr und bald auch das Auto ohne Fahrer sorgen dafür, dass der „digitale Mensch“ vollkommen von einem System abhängig ist, das zumeist von Satelliten aus gesteuert wird. Wer Zugang zu den gewünschten Informationen hat und mit Hilfe eines Virus in einen Prozess eingreifen kann, beherrscht das System.

Wenn man dies berücksichtigt, wird der Start des ersten chinesischen „Satelliten für Quantenkommunikation“ – einer Übermittlungstechnik mit Hilfe von angeblich absolut sicheren Schlüsseln – erst verständlich. Sollte es den Chinesen gelingen, ihre Kommunikation derart abzusichern, werden sie im Falle eines „Cyberkriegs“ deutlich im Vorteil sein.

Wenn es einen neuen Weltkrieg geben sollte, wird es nicht mehr nötig sein, die Gebiete des Gegners zu besetzen. Ein „Blitzkrieg“ im Weltraum, bei dem ein Großteil der Satelliten zerstört würde, würde ausreichen. Ohne die Verbundnetze, von denen unsere Wirtschaft und unser Alltagsleben abhängig sind, würden alle entwickelten Gesellschaft in wenigen Tagen oder spätestens in wenigen Wochen zusammenbrechen. Die Voraussage von Albert Einstein gilt weiterhin: „Ich bin mir nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.“

Robert Goebbels

Oman, Sansibar und die EU

Im Februar war ich für zwei Wochen in Oman. Während meines Aufenthalts verbrachte ich auch fünf Tage in Sansibar.

Vor etwa 40 Jahren war ich bereits einmal kurz in Oman, aber ich war noch nie in Sansibar (das heute zu Tansania gehört) gewesen. Sansibar stand einst unter der Herrschaft des Sultans von Oman. Von 1893 bis 1963 stand es – ursprünglich mit dem Ziel der Abschaffung des Sklavenhandels – unter britischer Herrschaft.

Oman hat mehr als 3 Millionen Einwohner (von denen 600 000 mehrheitlich aus Asien stammende Einwanderer sind) und hat von Ölfunden profitiert; das Land ist sich jedoch der Tatsache bewusst, dass dieser Nutzen im Schwinden begriffen sein könnte.

Die Beziehungen zwischen Oman und der EU und ihren Mitgliedstaaten sind ausgezeichnet und werden weitgehend als gut geführt und freundschaftlich bezeichnet. Oman hatte für lange Zeit ein Verteidigungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich. Dies manifestierte sich in der Unterstützung des Sultans von Maskat seitens des Vereinigten Königreichs während des Bürgerkriegs von Jebel in den späten 1950er Jahren. (Zur Auseinandersetzung kam es aufgrund von Öl, und dies war eines der wenigen Male, dass sich die USA auf die andere Seite – die Verliererseite – stellte!) Das Vereinigte Königreich unterstützte in den 1970er Jahren den Sultan militärisch gegen den Aufstand von Rebellen in Dhofar, der vom Jemen, der Sowjetunion, China und Kuba unterstützt wurde. Heute steht Oman allen Ländern unvoreingenommen gegenüber, nicht zuletzt als Verhandlungspartner mit und als Vermittler zwischen den größeren Ländern, von denen das Land umgeben ist.

Ein großer Teil des Erfolgs des heutigen Oman ist der zwar aufgeklärten, jedoch absoluten Monarchie zu verdanken, die seit 1970 unter der Herrschaft von Sultan Quabus steht. Indem er den Rebellen vergab, vereinte er die Bevölkerung Omans, und er regte die Bevölkerung dazu an, sich selbst nicht als Angehörige religiöser Gruppierungen oder von Stämmen zu sehen, sondern vielmehr als Omaner. Er hat beträchtliche Summen in die Bildung, vor allem für Frauen, investiert und hält die Omaner dazu an, zu arbeiten, anstatt sich auf die Einwanderer zu verlassen. Bei der Stadtplanung ist ein Schwerpunkt auf hochwertiges Design und die Notwendigkeit nach erschwinglichem Wohnraum gelegt worden.

Oman hat vor allem rechtliche, soziale und bildungspolitische Reformen durchgeführt. Es gibt nunmehr auch eine gewählte Einrichtung, die jedoch lediglich eine beratende Funktion innehat – das Madschlis. Dank seiner großen Popularität hat der Sultan bisher wenig Druck im Hinblick auf demokratische Einrichtungen zu spüren bekommen. Trotzdem würde es nicht überraschen, wenn weitere Schritte in Richtung einer Demokratisierung des Landes unternommen würden.

Die EU wird für Oman immer wichtiger. Dies zeigt sich auch in der wichtigen Rolle, die die Streitkräfte der EU dabei spielten, die Aktivitäten von Piraten vor der Küste Omans und des Horns von Afrika drastisch zu verringern.

Im Bereich der Handelspolitik ist Oman im Rahmen des Golf-Kooperationsrats (GKR), dem viertgrößten Markt für Waren aus der EU, tätig.

Allgemein wird angenommen, dass Oman sich nach dem Brexit eher der EU, die einen größeren Markt und Warenlieferanten darstellt als das Vereinigte Königreich, zuwenden wird – trotz des Wohlwollens gegenüber dem Vereinigten Königreich. Für dieses könnte die Lage im Bereich der Dienstleistungen einfacher sein.

Sansibar ist vielen Menschen als der Geburtsort Freddy Mercurys bekannt. Das Land ist einer der größten Erzeuger von Gewürzen. Heute kommt der größte Teil seines Einkommens aus dem Fremdenverkehr – Sansibar ist ein zauberhafter Urlaubsort. Sowohl Oman als auch Sansibar müssen ihr Personal im Fremdenverkehr besser ausbilden. Auch könnte Sansibar seinen Flughafen verbessern (GD Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung und Vermerk über nationale Hilfsprogramme).

Zwischen Sansibar und Tansania gibt es ohne Zweifel auch heute noch Spannungen; jedoch wurde Sansibar weitgehende Autonomie zugestanden, und die Demokratie hat sich weiterentwickelt.

Meine Reise nach Oman und Sansibar war wunderschön. Beides sind Orte mit großem Potenzial für die EU.

Robert Moreland

FOCUS

Eine starke europäische Säule sozialer Rechte

Derzeit wird in ganz Europa eine wichtige Debatte geführt, bei der es um die Einführung einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ als wichtige neue Initiative zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen geht. Das Europäische Parlament hat seinen Bericht mit großer Mehrheit angenommen, und die Kommission wird ihre Vorschläge bis spätestens Ende April vorlegen.

Diese Debatte findet zu einem entscheidenden Zeitpunkt für die Zukunft der Europäischen Union statt. Die seit 2010 anhaltende Krise im Euro-Währungsgebiet hat der sozialen Dimension der europäischen Integration erheblich zugesetzt. Zugleich waren viele Mitgliedstaaten gezwungen, rigorose Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung und inneren Abwertung zu ergreifen. Diese Politik führte zu schweren sozialen Notlagen, die in vielen Ländern noch immer akut sind. Viele Bürger sahen in der EU einen Motor für Abweichungen, Ungleichheiten und soziale Ungerechtigkeit. Ein Projekt, das jahrzehntelang mit Konvergenz, Wohlstand und Fortschritt assoziiert wurde, wird heute als Ursache für die Beschneidung von Wohlfahrtssystemen und als Gefahr für das Wohlergehen der Bevölkerung betrachtet. Gleichzeitig sieht sich Europa mit einer Reihe allgemein bekannter struktureller Veränderungen und Herausforderungen konfrontiert: Globalisierung, demografischer Wandel (alternde Bevölkerung, Feminisierung, niedrige Geburtenraten, Migration), Klimawandel und Verknappung natürlicher Ressourcen. Darüber hinaus erlebt der Kontinent eine neue Phase der digitalen Revolution, die tiefgreifende Folgen für die Funktionsweise der Arbeitsmärkte hat. All diese Herausforderungen und Ziele erfordern eine Reihe von Änderungen an dem Instrumentarium, mit dem das europäische Sozialmodell gestützt wird. Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, die mit neuen Beschäftigungsformen einhergehen, müssen die arbeitsrechtlichen Vorschriften und

Sozialversicherungssysteme in Europa angepasst werden, um menschenwürdige und gerechte Arbeitsbedingungen und Sozialschutz für alle Erwerbstätigen sicherzustellen.

Das europäische Sozialmodell weist selbstverständlich viele nationale Varianten auf, und jedes Land hat entsprechend der jeweiligen historischen Entwicklung und dem Subsidiaritätsprinzip seine eigenen Regelungen. Die EU-Mitgliedstaaten sind jedoch in hohem Maße voneinander abhängig; sie können ihren Bürgern nur dann flächendeckenden Wohlstand bieten, wenn sie zusammenarbeiten. Ohne einen gemeinsamen europäischen Rahmen werden die Mitgliedstaaten zwangsläufig in einem destruktiven Wettbewerb gefangen sein, der die sozialen Standards in eine Abwärtsspirale führt. Das europäische Sozialmodell ist daher ein gemeinsames Projekt, dessen zentrales Ziel die soziale Aufwärtskonvergenz ist, also eine kontinuierliche Verbesserung des Wohlergehens aller Menschen in allen Ländern der EU auf der Grundlage von nachhaltigem und inklusivem Wirtschaftswachstum und von Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass keine Person und kein Land zurückgelassen wird und dass jeder in der Lage ist, an der Gesellschaft und an der Wirtschaft teilzuhaben.

Die europäische Säule sozialer Rechte ist eine wichtige und dringliche Initiative, die von Kommission und Parlament zu Recht ganz oben auf ihre Liste politischer Prioritäten gesetzt wurde, um die Europäische Union ihren Bürgern wieder näherzubringen. Doch sollten dieses Projekt und die Idee eines „sozialen Europas“ nicht auf eine kleine Gruppe von EU-Experten beschränkt sein. Das „soziale Europa“ wird von allen Menschen in Europa gelebt: durch die Rechte, die sie an ihrem Arbeitsplatz genießen, die sozialen Dienste, zu denen sie Zugang haben, die sozialen Investitionen, die ihnen zugutekommen, die politischen Strategien, die sich auf ihre wirtschaftlichen Perspektiven auswirken, und den Sozialschutz, auf den sie sich verlassen können, wenn ihr Leben nicht in den gewohnten Bahnen verläuft.

Ein „soziales Europa“ bedeutet konkrete Verbesserungen für das Leben aller Bürger. Die Stärke der europäischen Säule sozialer Rechte muss daher über die gesamte Struktur der EU hinweg auf all ihren Ebenen spürbar sein, auch bei kommunalen und regionalen Verwaltungen sowie nationalen Regierungen und in deren Zusammenarbeit mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft.

Wir sind alle Mitglieder der Europäischen Union. Wir alle wünschen uns ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und Zusammenhalt im Kontext der Regentschaft nationalistischer Machthaber wie Trump und Putin, die mit ihrer Politik nicht nur eine kooperative internationale Ordnung zu zerschlagen versuchen, sondern auch die bürgerlichen und sozialen Rechte untergraben.

Schluss mit den warmen Worten und leeren Versprechungen – wir erwarten von der Kommission, dass sie möglichst bald konkrete aktualisierte Rechtsvorschriften vorlegt. Die bestehenden Rechtslücken, die zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen und folglich zu Armut und Unsicherheit für viele Europäer geführt haben, müssen ein für alle Mal geschlossen werden. Wenn dann die Mitgliedstaaten ihre Kräfte bündeln und

gemeinsam eine solide europäische Säule sozialer Rechte aufbauen, werden die Menschen in ganz Europa ein besseres Leben haben und ihr Vertrauen in die EU zurückgewinnen.

Maria João Rodrigues

Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die europäische Säule sozialer Rechte

Für eine Union gegen Arbeitslosigkeit

Welche Rolle spielt die Arbeit in der Währungsunion?

Wenn es in einer Währungsunion keine Puffermechanismen und keine zeitliche Versicherung gibt, wird die Aufgabe des Ausgleichs größtenteils auf den Arbeitsmarkt abgewälzt, sowohl hinsichtlich der Gehälter als auch im Hinblick auf die Beschäftigungszahlen. Manchmal geschieht das plötzlich, aber mit bleibenden Folgen. Die Probleme mit der Beschäftigung wirken sich dann grundlegend auf einen zentralen Aspekt der Währungsunion aus: den Konsens.

Die Sorgen der europäischen Bürger um ihren Lebensstandard sind begründet, und sie fragen sich, ob dieser Euro wirklich das Richtige für sie ist. Die Antwort hängt auch davon ab, ob sie oder ihre Kinder Aussichten haben, eine Beschäftigung zu finden. Die Frage nach der Realwirtschaft ist daher mehr eine politische und soziale Frage denn eine wirtschaftliche.

Da es keinen Spielraum für eine Anpassung der Wechselkurse gibt, sind die Länder des Euro-Währungsraums bei zyklischen Schocks meistens gezwungen, im Hinblick auf einen Ausgleich Maßnahmen zu ergreifen, die sich auf die Beschäftigungszahlen bzw. Löhne auswirken. Aufgrund von Haushaltsbeschränkungen und steigenden Arbeitslosenzahlen ist es häufig nicht möglich, die Stabilisierungsmechanismen in vollem Umfang zur Anwendung zu bringen oder mit antizyklischen Maßnahmen zur Förderung der Nachfrage zu reagieren. Die anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen führen zur Wertminderung des Humankapitals, Produktivitätseinbußen und negativen Folgen für das potenzielle Wachstum, was sich häufig auch auf die Partnerländer auswirkt.

Die neue europäische politische Steuerung muss über gemeinsame Mechanismen verfügen, mit denen die Kosten gemindert werden können, die im Zusammenhang mit den Umschichtungen des Faktors Beschäftigung und den Krisen entstehen, von denen ein Sektor oder eine Region betroffen ist. Ein gemeinsames Instrument für die makroökonomische Stabilisierung bietet Ländern, die an Haushaltsbeschränkungen gebunden sind, außerdem die Möglichkeit, antizyklische politische Maßnahmen zu

ergreifen und so einem Anstieg der Arbeitslosenquote bei asymmetrischen Schocks entgegenzuwirken.

Ein europäisches Arbeitslosenversicherungsinstrument kann eingeführt werden, ohne dass die Verträge geändert werden müssen. Dadurch würde die Last der Stabilisierung des Bereichs gemindert, die derzeit auf der Währungspolitik liegt, obwohl diese bei Schocks, die ein bestimmtes Land betreffen, trotzdem unwirksam ist. Es wäre ein deutliches Signal für die Unwiderruflichkeit der Währungsunion, mit dem dazu beigetragen werden könnte, das Vertrauen der Bürger in das europäische Aufbauwerk wieder aufzubauen und die sozialen Aspekte des Euro-Währungsraums zu verstärken. Die Auswirkungen der nationalen Strukturreformen im Hinblick auf Wirksamkeit und positive externe Effekte könnten verstärkt werden. Aufgrund der besseren und stabileren allgemeinen makroökonomischen Bedingungen entstünden auch den Ländern Vorteile, die nicht unmittelbar begünstigt sind.

Bei einer besseren Risikoverteilung würde mit einer entsprechenden Anreizstruktur verhindert, dass Ressourcen aus opportunistischen Gründen ständig einseitig von einigen Ländern auf andere übertragen werden, da der Mechanismus bei zyklischen Schocks (nicht bei solchen, die durch strukturelle Unterschiede verursacht werden) in Kraft treten würde, und auf lange Sicht wirken sich Schocks normalerweise einheitlich auf die Länder aus (sodass die Länder langfristig betrachtet weder hohe Beträge erhalten würden noch leisten müssten). Die übertragenen Mittel müssten im Laufe der Zeit in voller Höhe zurückerstattet werden.

Die Anreize in den Ländern mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit, den Arbeitsmarkt zu reformieren, blieben erhalten, da der Mechanismus ausschließlich die zyklische Arbeitslosigkeit betreffe. Die mit dem Instrument verbundene Risikoteilung wäre bei weitem keine Abkürzung für Länder, die auf nationaler Ebene keine Reformen einführen, aber damit würden neue Anreize gesetzt, entschiedener vorzugehen, indem die Umsetzung kohärenter Maßnahmen in den verschiedenen Mitgliedstaaten gefördert wird.

Pier Carlo Padoan

Rentensysteme in Europa

Europa altert schnell – die Lebenserwartung ist so hoch wie noch nie und gleichzeitig gehen die Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsraten zurück. Die wichtigste Veränderung der nächsten Jahrzehnte wird der Übergang hin zu einer stark gealterten Bevölkerungsstruktur sein. Es ist zu erwarten, dass die Europäer 2030 die „ältesten Menschen“ der Welt sein werden. Damit geht der Anteil von Menschen im arbeitsfähigen Alter zurück und die Zahl der Menschen im Ruhestand steigt. Die Mitgliedstaaten stehen daher heute vor der Herausforderung, die Spannungen ausgleichen zu müssen, denen ihre Rentensysteme ausgesetzt sind. Den EU-Organen und ihren Beratungsgremien – wie

etwa dem EWSA – stehen fachliche Kenntnisse zur Verfügung, die über das normale politische Spektrum hinausgehen, und können die Staaten dabei beraten.

Auch wenn das Rentensystem in jedem Mitgliedstaat unterschiedlich gestaltet ist, stellt der Wandel der europäischen Bevölkerungspyramide für alle diese Systeme eine starke Belastung ihrer Funktionsfähigkeit und Nachhaltigkeit dar. Mit dem demografischen Wandel wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen dem Anteil der über 65-jährigen in der Bevölkerung und der Arbeitsbevölkerung verändern, was die Rentensysteme stark belasten wird. Eine weitere große Herausforderung liegt darin, dass aufgrund des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern und den für Frauen typischen Unterbrechungen in der beruflichen Biographie zur Versorgung von Familienmitgliedern das Rentengefälle zwischen Frauen und Männern gegenwärtig bei fast 40 % liegt.

Die Altersrente beruht auf drei Säulen: einem obligatorischen Altersrentensystem, in dem die Beiträge und Steuern der Arbeitnehmer dazu verwendet werden, die Bezüge der gegenwärtigen Rentner zu finanzieren, der betrieblichen Altersversorgung und privaten Ansparmodellen. Unter dem Druck durch eine alternde Bevölkerung und eine hohe Arbeitslosigkeit sind die Renten aus dem öffentlichen System der ersten Säule zumeist knapper bemessen als früher. Die Renten aus der zweiten Säule kommen einer steigenden Zahl von Arbeitnehmern zugute, sind aber häufig höheren Risiken ausgesetzt. Die neue Richtlinie über die betriebliche Altersversorgung wird hoffentlich einen besser abgesicherten Rahmen bieten. Private Versicherungsmodelle schließlich sind nicht für jedermann erschwinglich.

Es liegt in der Verantwortung der nationalen Regierungen, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Menschen genügend Kapital für ihren Lebensabend ansparen. Um jedoch dazu beizutragen, die Spannung zwischen dem zunehmenden Mangel an Ressourcen für die Finanzierung der öffentlichen Rentensysteme und der Tatsache, dass diese Systeme von vorrangiger Bedeutung für die soziale Absicherung und die Haupteinkommensquelle für die Menschen im Ruhestand sind, zu verringern, hat die Europäische Kommission 2012 ein Weißbuch zu dem Thema „Angemessene, gesicherte und tragfähige Renten für alle Bürger Europas“ veröffentlicht. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat diese Initiative begrüßt. Er bedauerte jedoch gleichzeitig, dass sich die Kommission mehr auf die Rentensysteme der zweiten und dritten Säule bezogen hat als darauf, nach Lösungen für Verbesserungen im öffentlichen Rentensystem (erste Säule) zu suchen. Der EWSA argumentierte, dass Rentensysteme nicht unabhängig von den Volkswirtschaften funktionieren und die Mitgliedstaaten daher ihre Rentenpolitik in enger Abstimmung mit ihren arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen sowie ihrer Steuer und Wirtschaftspolitik vornehmen sollten.

Die meisten Mitgliedstaaten, die ihre Rentensysteme im vergangenen Jahrzehnt reformiert haben, waren bemüht, die Kosten durch eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters zu verringern. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind jedoch weiterhin deutlich: Das Rentenalter liegt in der EU durchschnittlich bei etwa 65 Jahren,

doch zögern einige Länder, wie etwa Frankreich, damit, es höher als 62 zu setzen, während andere, wie etwa das Vereinigte Königreich, erwägen, es auf 70 Jahre zu steigern. Nach Auffassung des EWSA muss der Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters jedoch durch mit den Sozialpartnern ausverhandelte Maßnahmen erfolgen, mit denen ein längeres Arbeitsleben gefördert wird, und nicht – wie von der Kommission 2012 empfohlen – durch eine automatische Anhebung des gesetzlichen Rentenalters. Um die Lücke zwischen dem tatsächlichen Renteneintrittsalter und dem gesetzlichen Rentenalter zu schließen, hat der EWSA vorgeschlagen, die Arbeitsplätze an die Fähigkeiten älterer Arbeitnehmer und ihren Gesundheitszustand anzupassen und dabei die anspruchsvolle Natur bestimmter Arbeiten zu berücksichtigen, den Zugang zu Schulungen und Maßnahmen des lebensbegleitenden Lernens zu verbessern, Behinderungen vorzubeugen und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben zu erleichtern.

Um die finanzielle Ausstattung der Rentensystem zu verbessern, sollten die Mitgliedstaaten laut EWSA die Beschäftigung steigern, das Rentensystem auf alle gesellschaftlichen und beruflichen Kategorien ausdehnen, die Verfahren zur Beitragserhebung verbessern und illegale Beschäftigung und Steuerhinterziehung bekämpfen. Auch eine Steigerung der Erwerbsquote der Frauen (die 52 % der EU-Bevölkerung ausmachen) ist von wesentlicher Bedeutung, um Nachhaltigkeit und Angemessenheit der Rentenzahlungen sicherzustellen. Zusammen mit der Kommission fordert der EWSA die Mitgliedstaaten auf, Lösungen zu suchen, um das Gefälle zwischen den Rentenanwartschaften von Männern und Frauen zu verringern, das sowohl durch die gesetzlichen Regelungen als auch durch die Realitäten des Arbeitsmarkts verursacht wird. Das enorm große Rentengefälle zwischen Männern und Frauen – das doppelt so groß ist wie das bei 16 % liegende Lohngefälle zwischen Männern und Frauen – ist äußerst beunruhigend und die fehlende Bekanntheit des Problems verstörend.

Das Einebnen des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen und die Aufnahme von „Familienzeiten“ in die auf die Rente angerechneten Zeiten sowohl für Männer als auch für Frauen gehören zu den wichtigsten Maßnahmen für eine Verringerung des Rentengefälles zwischen den Geschlechtern. Vermutlich wird die Kommission beide Themen in ihrem Vorschlag zu einer europäischen Säule sozialer Rechte und ihrem Vorschlag zu Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Erwerbstätige mit Familie ansprechen.

Schließlich würde, wie der EWSA kürzlich in seiner Stellungnahme zur europäischen Säule sozialer Rechte darlegte, ein europäischer Vergleichsindex zur Angemessenheit und Nachhaltigkeit von Rentenbezügen einen nützlichen Maßstab bieten, mit dem die Anstrengungen der Mitgliedstaaten, ihre Rentensystem zu reformieren und die Armut unter den Rentnerinnen und Rentnern zu verringern, unterstützt werden könnten.

Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

„Die Wissenschaft kennt keine Grenzen, weil das Wissen der ganzen Menschheit gehört und das Licht ist, das die Welt erleuchtet.“ – Louis Pasteur

1998 sprach der EuGH sein Urteil in der Rechtssache Kohll und Dekker, in dem bestätigt wurde, dass europäische Bürger das Recht haben, in einen anderen Mitgliedstaat zu reisen und eine Erstattung für eine dortige medizinische Behandlung zu erhalten, wenn die Behandlung im Heimatland normalerweise erhältlich ist und die zu erstattenden Kosten nicht höher sind als der Betrag, den sie in ihrem Heimatland bezahlt hätten.

Wir hatten bereits das Formular E111 (jetzt die europäische Gesundheitskarte) zur Abdeckung von Bürgern, die eine Behandlung benötigen, während sie sich zum Urlaub, zum Studium oder zur Arbeit in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten. Mit dem Formular E112 konnten sich Bürger speziell zur Behandlung in einen anderen Mitgliedstaat begeben. Voraussetzung war eine vorherige Genehmigung, die selten erteilt und um die dementsprechend selten ersucht wurde. Von dieser eingeschränkten Grundlage aus haben Rechtsanwälte begonnen, die Ansprüche von Patienten auszuweiten.

Im Jahr 2001 wurde durch die Rechtssachen Geraets-Smits und Peerbooms bestätigt, dass eine Behandlung im Krankenhaus durch die Verträge abgedeckt war. 2003 wurde in den Rechtssachen Mueller-Fauré und Van Riet geurteilt, dass eine vorherige Genehmigung für Behandlung außerhalb des Krankenhauses nicht erforderlich war. 2006 reiste Yvonne Watts nach Frankreich, um sich ein künstliches Hüftgelenk einsetzen zu lassen, ohne eine lange Wartezeit in Kauf zu nehmen. Nachdem ihr eine Erstattung der Kosten verweigert wurde, verwiesen die britischen Gerichte den Fall an den EuGH. Durch das Urteil wurde die Notwendigkeit einer vorherigen Genehmigung auf eine stationäre Krankenhausbehandlung beschränkt.

Schritt für Schritt entwickelte sich die Politik auf dem Rechtsweg weiter – ohne dass Politiker beteiligt gewesen wären. Politiker werden gewählt, um Politik zu gestalten, nicht Rechtsanwälte. Letztere legen die von den Gesetzgebern vereinbarten Rechtsvorschriften aus und sorgen für ihre Durchsetzung. Für diese Politik wurden Rechtssicherheit und verfahrenstechnische Klarheit benötigt.

Das hat zu dem Vorschlag der Kommission von 2008 über grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung geführt. Dieser umfasste in Bezug auf elektronische Gesundheitsdienste, elektronische Verschreibungen, Technologiefolgenabschätzung im Gesundheitswesen und „Referenznetze“ für seltenere Krankheiten Bestimmungen, die über die Urteile des EuGH hinausgingen.

In einigen Bereichen gab es weiterhin Unsicherheiten, auf die das Parlament mit seinem Bericht eingehen wollte. Damit wurde klargestellt, dass es bei dieser Politik um Patienten mit Bedürfnissen geht, nicht um Patienten mit Mitteln. Wir wollten nicht, dass Patienten mit Bargeld oder Kreditkarte auf die Reise gehen müssen, um teure Behandlungen im

Voraus zu bezahlen. Wir haben ein Erstattungssystem vorgeschlagen, bei dem das behandelnde Krankenhaus die Zahlung direkt aus dem Heimatland des Patienten erhält.

Wir haben anerkannt, dass es schwierig wäre, Dienstleistungen zu planen und zu verwalten, wenn Unsicherheit bezüglich der potenziellen Kosten besteht. Unsere Lösung war der Anreiz eines „Gutscheins“ im Gegenzug für die vorherige Mitteilung, wodurch Informationen über wahrscheinliche Kosten und Fallzahlen gegeben werden. Wenn zu viele „Mitteilungen“ zu einer bestimmten Behandlung eingehen, könnte das Verfahren der „vorherigen Genehmigung“ ausgelöst werden. Der Patient würde den Gutschein bei dem behandelnden Krankenhaus abgeben. Der Patient müsste nicht zahlen, und das Krankenhaus könnte sicher sein, dass es eine Zahlung erhält. Im letztendlichen Kompromiss ist dieses „Gutschein“-Konzept zulässig, aber nicht erforderlich.

Die meisten Bürger bevorzugen eine Behandlung vor Ort. Sprache kann ein Hinderungsgrund sein. Aber eine lange Wartezeit oder andere Faktoren können uns dazu bringen, uns anderweitig zu orientieren. Wenn Länder besorgt sind über das Geld, das abfließt, weil ihre Patienten mit den Standards der örtlichen Gesundheitsversorgung unzufrieden sind, haben sie die Antwort selbst in der Hand.

2009 erhielt die Maßnahme eine deutliche Mehrheit in erster Lesung, während der Rat eine wesentlich restriktivere Haltung vertrat. Im neuen Parlament hat meine Kollegin Françoise Grossetête einen Kompromiss erzielt. Am 28. Februar 2011 hat der Rat seine Zustimmung zu dem Vorschlag erteilt. Den Mitgliedstaaten wurde ein Zeitraum von 30 Monaten eingeräumt, um die Richtlinie nationales Recht umzusetzen.

Sie müssen nationale Kontaktstellen einrichten, um Patienten Informationen über ihre Rechte und Verfahren zu geben, darunter Informationen über Gesundheitsdienstleister, Qualität, Sicherheit und Beschwerdeverfahren, sodass Patienten, Allgemeinmediziner und Spezialisten informierte Entscheidungen treffen können.

Die vorherige Genehmigung ist beschränkt auf Behandlungen, die einen stationären Krankenhausaufenthalt erfordern, Behandlungen, die hochspezialisierte und kostspielige medizinische Geräte erfordern, oder Behandlungen, die ein besonders hohes Risiko für den Patienten oder die Bevölkerung mit sich bringen.

Wir haben immer noch das Konzept der „unangemessenen Verzögerung“. Dieses Konzept, das vom Parlament gestrichen wurde, da seine Definition unmöglich sei, umfasst zahlreiche komplexe Formeln für akzeptable Wartezeiten. Das wird bedeuten, dass es mehr Berufungsverfahren vor dem EuGH geben wird – Verfahren, die wir vermeiden wollten.

Wir haben jedoch einen wesentlichen Schritt nach vorn im Interesse der Patienten gemacht.

Europa versteht nicht immer, dass Ausgaben für Gesundheit nicht nur Kosten sind, sondern Investitionen. Ohne gesunde Menschen kann es keine gesunde Wirtschaft geben.

Krankheiten machen nicht an nationalen Grenzen halt. Warum also sollte Gesundheit das tun?

John Bowis

Warum jetzt der richtige Zeitpunkt für mehr Austausch mit Polen ist

„ERASMUS in Polen?“ „Du bist doch verrückt.“ „Was willst du denn da?“ „Und warum bist du nicht nach Paris gegangen?“

Diese Reaktionen kennen sicherlich einige Studierende, die von ihren Auslandsplänen in Polen erzählen. Mutig also, sich vom Jurastudium an einer bayerischen Universität in den fernen Osten nach Warschau zu wagen? Nein, wohl eher eine bewusste Entscheidung zu einem wichtigen Zeitpunkt. Die Europäische Union steht vor einer Identitätskrise, die Trump-Administration bereitet den europäischen Führungskräften Sorgen, und Polens Regierung isoliert sich zunehmend auf europäischer Ebene, wie der Frühjahrsgipfel der EU-Regierungschefs in Brüssel eindrucksvoll gezeigt hat. Gerade jetzt, wenn auch nur im Kleinen, den Austausch mit dem polnischen Nachbarn zu suchen, setzt das richtige Zeichen, um näher zusammen zu wachsen, sich auf Gemeinsamkeiten zu besinnen und die Privilegien zu nutzen, die die Europäische Union ihren Bürgern bietet.

Die Vorurteile, die man zu spüren bekommt, resultieren hauptsächlich aus einer Mischung von Nichtwissen und Ignoranz. Abgesehen davon halte ich es einfach für spannender, an Orte zu gehen, die nicht perfekt sind, die dafür Charme haben, in Bewegung sind und sich im Aufbruch befinden. Und in Warschau liegt diese Aufbruchsstimmung, dieser Hunger auf mehr schon fast in der Luft. Besonders als Deutscher in Polen ist die gastfreundliche Begegnung, die ich heute erlebe, noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar gewesen. Die Europäische Union und diverse Austauschprogramme haben einen maßgeblichen Teil dazu beigetragen.

Im Umgang mit jungen Polinnen und Polen habe ich das Gefühl, dass viele konservativer sind als es möglicherweise noch ihre Eltern waren und ihnen Sicherheit sowie Leistung im Beruf oder Geborgenheit durch den Familienverbund sehr wichtig ist und sie Neuem und Fremden zunächst skeptisch gegenüberstehen. Das ist meiner Ansicht nach nicht zuletzt ein Reflex der Globalisierung, die in Polen erst vor knapp 20 Jahren eingesetzt hat, aber dafür mit voller Wucht zu einer jüngst sehr erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung als emerging market geführt hat. Die Umbrüche der Globalisierung, für die Gesellschaften anderer Länder mehrere Jahrzehnte Zeit hatten, zeigen, dass zu radikale Veränderungen oft eine Flucht in altbekannte Gesellschaftsstrukturen nach sich ziehen, da diese vermeintlich mehr Sicherheit geben.

Jedoch hagelt es nicht nur in der Vorlesung über polnisches Verfassungsrecht so von kritischen Anmerkungen, die an die PiS (Prawo i Sprawiedliwość (auf Deutsch: Recht

und Gerechtigkeit))-Regierung gerichtet sind. Auch habe ich bei meinem bisherigen Aufenthalt noch von keinem Einheimischen einerseits EU-kritische oder andererseits positive Bemerkungen über die aktuelle Regierung gehört. Das mag an der studentischen Blase in einer Metropole wie Warschau liegen; man muss aber auch sehen, dass nur knapp 19 Prozent der wahlberechtigten Polinnen und Polen der PiS-Partei zur absoluten Mehrheit verholfen haben. Es wäre also ein Fehlschluss, davon auszugehen, dass Handlungen der polnischen Regierung auch von der tatsächlichen Mehrheit der polnischen Bevölkerung getragen würden.

Die Isolation auf europäischer Ebene, obwohl kaum ein anderes Land so wie Polen von der EU profitiert hat, und offene Verfassungsbrüche im Zusammenhang mit der Vereidigung von Verfassungsrichtern sowie die Ausschaltung von regierungskritischen Medien sind es jedenfalls nicht.

Eine europakritische Politik steht nicht nur im großen Widerspruch zu der Stimmung in der polnischen Bevölkerung, die laut einer Bertelsmann-Studie Ende 2016 mit 77 Prozent Zustimmung das EU-freundlichste Land sind, sondern auch im Widerspruch zu grundsätzlichen Überlegungen:

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Europäer 22 Prozent der gesamten Weltbevölkerung ausgemacht. Heute leben 12 Prozent der Menschen in Europa. Im Jahre 2050 werden es nur noch 7 Prozent sein. Gleichzeitig ist es absehbar, dass sich der wirtschaftliche und politische Einfluss der Schwellenländer massiv erhöhen wird. Wie soll es also möglich sein, unsere Werte, unsere politische und ökonomische Bedeutung zu erhalten, wenn wir es nicht gemeinsam tun?

Die Europäische Union muss nicht erst seit dem Brexit neu gedacht werden. Sind Reformen für mehr Demokratie und weniger Bürokratie auf europäischer Ebene dringend nötig? Sicherlich. Ist das Beobachten der bedrohlich realitätsnahen Vorstellung des Zerfalls der EU daher die Lösung des Problems? Sicherlich nicht.

Leonard Schmitz

Polen

Während ich diesen Beitrag schreibe, befindet sich das Erasmus-Programm in einer schwierigen Phase, nun da sich ein Jahr nach dem Busunfall erneut eine Tragödie ereignet hat, und zwar erneut in Valencia, wo ein junger Italiener in seiner Wohnung tot aufgefunden wurde. Solch ein Ereignis versetzt dem gesamten Erasmus-Programm erst einmal einen Schrecken. Eine weite Reise an einen Ort fern des eigenen Wohlfühlbereichs fällt einem nicht so leicht, wenn man noch jung und unsicher ist, und manch einer schreckt davor zurück und lässt es bleiben.

Die Aussicht darauf, ein fremdes Land zu erkunden, kann einem aber auch Flügel verleihen. Ich fühle mich jedes Mal ein Stückchen mutiger, wenn ich mich von meiner Familie, meiner Universität und meiner Heimat verabschiede, die immer noch unter den Folgen der Erdbeben zu leiden hat, und es ist jedes Mal nicht leicht, die gewohnte Umgebung zu verlassen. Ich fühle mich jedes Mal ein Stückchen mutiger, wenn ich ein Flugzeug besteige oder mit dem Auto durch Österreich und Deutschland fahre, die Städte dort in vollen Zügen genieße und nach Tausenden von Kilometern schließlich in Polen in Lodz in ankomme, wo mir trotz der kalten Temperaturen ein sehr warmer Empfang bereitet wurde. Seitdem habe ich unzählige Male die Freude oder auch Schüchternheit der dort lebenden Menschen gespürt, die aus irgendeinem Grund gezwungen waren, mit mir, einem Italiener, in Kontakt zu treten. Ich bemerkte das Staunen und die Dankbarkeit in den Augen derer, die mir zuhörten, wenn ich mich bemühte, eine so schwierige Sprache wie das Polnische zu sprechen. Dies bereitet mir große Freude und gibt mir die Kraft, mich noch stärker auf dieses Land einzulassen, und zwar jedes Mal dann, wenn ich mich stundelang mit großartigen Menschen unterhalte, dadurch Einblick in ihr Leben bekomme und wir uns gegenseitig mit unseren so verschiedenen Kulturen bereichern. Durch diese hochinteressanten Erfahrungen habe ich das Gefühl, dass ich mehr als nur ein gewöhnlicher Tourist bin. Ich habe die beißende Kälte im Winter auf meiner Haut zu spüren bekommen, wenn selbst das Atmen im Freien Schwierigkeiten bereitet, und ich habe miterlebt, wie an Tagen mit einem tiefblauen Himmel Wasser plötzlich gefriert. Ich hatte die Gelegenheit, am polnischen Unabhängigkeitstag, dem 11. November, Warschau zu besuchen. Dort ging ich durch die mit wehenden Fahnen in den Landesfarben weiß und rot geschmückten Straßen voller Menschen. Ich berührte mit meinen Fingern die Einschusslöcher in der Altstadt und sog die Charakteristiken des Landes in mich auf. Der größte Nutzen des Erasmus-Programms besteht zweifelsohne darin, dass man einen umfassenden Einblick in eine andere Kultur bekommt und davon später profitieren kann. Häufig wird dies erst durch ehrenamtliche Mitglieder von Studentenvereinigungen wie dem Erasmus Student Network möglich gemacht, die sich tatkräftig engagieren, um Unterstützung zu gewähren, Übersetzungen anzufertigen sowie Feiern und Reisen zu organisieren, damit man viele interessante Orte kennenlernen und erkunden kann. Dazu gehören historische Städte, wie der Geburtsort von Kopernikus, und wunderschöne Landschaften, wie das Tatra-Gebirge im Süden des Landes und die Ostsee im Norden, und ich bin ihnen für ihr Engagement sehr dankbar.

Auch wenn die Meinungen darüber auseinandergehen, wo sich die geografische Mitte Europas genau befindet, so ist Lodz sicherlich nicht weit davon entfernt, was einem ermöglicht, am Wochenende einige der vielfältigen und einzigartigen Hauptstädte zu besuchen, die unter der Europaflagge vereint sind. Wenn man vom Erasmus-Programm spricht, wird nicht selten der Ausdruck „ein zweites Leben“ verwendet, das einem die Möglichkeit bietet, in einer kurzen Zeitspanne Kontakte zu anderen Menschen zu knüpfen, wobei es sich nicht selten um intensive Kontakte handelt, die dann mit Trennungsschmerz einhergehen. Durch diese neuen Beziehungen werden Menschen bereichert, die offen für das Fremde sind und sich aufgeschlossen gegenüber anderen

sind, und ich bin davon überzeugt, dass am besten Fortschritte erzielt werden können, wenn man diese Chancen möglichst vielen Studenten einräumt.

Riccardo Liberini

Ein Portugiese als Erasmus-Student in Polen

Mein Name ist José Alberto Abreu do Souto, und ich studiere Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Fakultät für Sozial- und Geisteswissenschaften der Universidade Nova in Lissabon. Derzeit verbringe ich ein Erasmus-Semester an der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau, und bisher war dies eine der interessantesten Erfahrungen meines Lebens.

Warum ich Polen ausgewählt habe? Seit ich hier bin, wurde ich das schon oft gefragt, und meine Antwort ist einfach: Die Geschichte des Landes. Egal, durch welche Straße man geht, jede hat eine Geschichte zu erzählen, sei es, weil sie als strategischer Punkt der polnischen Truppen während der deutschen Besatzung diente oder weil eine Familie in einem der Gebäude mehr als hundert Juden aufnahm.

Tatsächlich ist es nicht leicht, das warme Wetter in Portugal und die Nähe zum Meer gegen endlose Straßen voller Geschäfte und Einkaufszentren und die ununterbrochene Kälte einzutauschen. Es ist nicht leicht, an Gewichtsbeschränkungen gebunden zu sein und sein Leben in einen Koffer und ein Stück Handgepäck zu stopfen, seine Freunde und Familie zurückzulassen und sich in ein unbekanntes Land zu stürzen, dessen Kultur anders ist als die portugiesische und von dessen Sprache wir nur ein paar Wörter kennen, wie etwa „dzień dobry“, „dziękuję“ oder „gdzie jestem“...

Kaum angekommen, spürte ich schon den eisigen Wind, der mir ins Gesicht schnitt, aber nach einem Monat und einer Woche habe ich mich schon an die Kälte gewöhnt. Die öffentlichen Verkehrsmittel in Warschau sind sehr gut ausgestattet; die vielen Busse und Straßenbahnen fahren alle paar Minuten – perfekt für einen Studenten.

Nachdem man einige symbolträchtige Orte wie die Warschauer Altstadt besucht hat, stellt man fest, dass Polen wie Phönix aus der Asche neu entstanden ist. Die Gebäude, Kirchen und Denkmäler, die während des Zweiten Weltkriegs vernichtet worden waren, sind nun vollständig restauriert und lassen Polen wieder so erscheinen wie vor dem Krieg. Das ist unglaublich!

In mehreren Teilen Polens jedoch wäre noch eine Restaurierung des kulturellen Erbes notwendig. Allem Anschein nach unternimmt die polnische Regierung etwas in diese Richtung und kann dabei auf die Unterstützung des größten Teils der Bevölkerung zählen.

Als Portugiese war ich angenehm überrascht darüber, dass die Lebenshaltungskosten in Polen niedriger sind als in Portugal. Am meisten ist das bei Restaurants, öffentlichen Verkehrsmitteln und Unterkünften spürbar – so kann man etwa für 35 Euro drei Monate lang jedes öffentliche Verkehrsmittel in Warschau nutzen. So etwas gibt es in Lissabon nicht.

Das waren also meine ersten Eindrücke nach einem Monat als Erasmus-Student. All jenen, die diesen Artikel lesen und an einem Erasmus-Semester interessiert sind, aber noch nicht wissen, möchte ich einen Tipp geben: Seht euch ein paar Bilder von Polen an – ich denke, dann wird euch die Entscheidung leichter fallen.

José Alberto Abreu do Souto

Mendel-Universität

Zwischen 20. und 27. November 2016 fand an der Mendel-Universität in Brunn (Tschechische Republik) die Internationale Woche statt, in deren Rahmen Vortragende aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammenkamen, um schwierige Probleme zu erörtern. Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, ein steter Quell anregender Gedanken und Themen, die den Studierenden nähergebracht werden sollen, hat das Programm „EP to Campus“ in ihr eigenes Programm eingebunden.

Ich wurde eingeladen, die internationale Gruppe der Studierenden unter der Federführung von Prof. Lacina zu treffen, die sich aus jungen Menschen aus der Tschechischen Republik und der Slowakei sowie aus Ghana, Nigeria, der Türkei, Taiwan, Äthiopien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Spanien, Belarus, Indien usw. zusammensetzte. In unserer Einheit am Montag gab ich einen Einblick in das komplexe Thema Den Brexit verstehen. Um unterschiedliche Aspekte zu beleuchten, ging ich näher auf die allgemeine Lage im Vereinigten Königreich nach dem Referendum ein. In meinem Vortrag griff ich eine breite Palette von Themen auf, vom Wert des Pfund Sterling und von der Inflation über unterschiedliche Wirtschaftszweige und britische Unternehmen, internationale Investitionsbanken und Entscheidungen der Bank of England bis hin zu dem Gesetz zur Aufhebung des EU-Rechts, der Reaktion des britischen Parlaments, der Entscheidung des High Court und dem voraussichtlichen Urteil des Obersten Gerichtshofs. Zudem ging aus meinem Vortrag eindeutig hervor, welchen Standpunkt die Europäische Union vertritt.

Wir bearbeiteten ferner eine Fallstudie auf der Grundlage der Stadt Birkenhead im Nordwesten von England. Ich wies darauf hin, dass das Vereinigte Königreich 2015 mit 2,2 % zwar ein über dem EU- und dem G7-Schnitt liegendes Wirtschaftswachstum verzeichnet hatte, sich dieser Erfolg jedoch in vielen Gemeinden nicht in einer besseren wirtschaftlichen Lage niederschlug und Armut nach wie vor ein erhebliches Problem war.

Im Rahmen der folgenden Vortragsreihe wurde auf das im März von der EZB geschnürte Maßnahmenpaket eingegangen. Um das Wissen der Studierenden über die Institution zu

vertiefen, griff ich auf ein interaktives EZB-Bildungsinstrument zurück. Das Ergebnis der Übung und die herausragende Leistung der Studierenden bewogen mich dazu, ein Schreiben mit Wertangaben und Überblicksinformationen an die obersten Führungsgremien der Bank zu senden.

Gegenstand unserer letzten Einheit am Freitag war das Thema „Migration“. Ich näherte mich dem Thema zunächst aus der internationalen Perspektive, bevor ich nahtlos zur Perspektive der EU und zu politischen Versäumnissen und Notfallmaßnahmen überging. Die Studierenden richteten ihre Aufmerksamkeit auch auf die Finanzierung politischer Maßnahmen und auf innovative Finanzierungsinstrumente. Zudem unterhielten wir uns eingehend über die Studie über die Kosten einer Aufhebung des Schengener Abkommens, die sich in das Konzept der Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln einfügen.

Wir wendeten einen großen Teil unserer Zeit dafür auf, über die Folgen der Migration zu sprechen. Dabei einigten wir uns auf folgende grundlegende Annahmen:

*Die Integration von Migranten ist offensichtlich nirgendwo so direkt, spürbar und sichtbar wie auf lokaler Ebene. In der Tat können Migranten Einfluss auf unterschiedliche Aspekte der Struktur und des Alltags einer Stadt oder Region haben.

*In vielen Ländern geht die Mehrheit der Bevölkerung von nachteiligen Folgen aus. Eine mögliche Erklärung dafür ist das Fehlen ausreichender Informationen. Eine andere Erklärung wäre die individuelle Wahrnehmung. Zudem liegt der Schwerpunkt der Medienberichterstattung bisweilen wohl zu sehr auf Gebieten, in denen viele Immigranten leben und die Arbeitslosigkeit hoch ist. Daraus ergibt sich ein verzerrtes Bild der Lage im gesamten Land bzw. in einer Region.

*Womöglich trägt auch der Umstand, dass sich Migranten in der Regel von der einheimischen Bevölkerung unterscheiden, dazu bei, dass die Vor- und Nachteile der Migration auf den einzelnen Regierungsebenen unterschiedlich beurteilt werden und sich ungleichmäßig auf diese verteilen. Aus diesem Grund ist es dringend notwendig, die derzeitigen Finanzierungs- und Kostenerstattungsprogramme dahingehend zu überdenken, dass sie die Kosten vor Ort besser abbilden. Auch die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regierungsebenen muss verbessert werden. Voraussetzung für eine umfassende Bewertung, in die auch die Einkommensseite einfließen sollte, sodass die Vorteile der Integration von Migranten ersichtlich werden, ist eine eingehende Untersuchung. (Studie der OECD)

*Änderungen an der Infrastruktur vor Ort nehmen für gewöhnlich auf jeden Fall viel Zeit in Anspruch. Der große und plötzliche Zustrom von Flüchtlingen, dem sich viele Gemeinden in Europa aufgrund der Flüchtlingskrise derzeit gegenübersehen, wird unter Umständen tatsächlich dazu führen, dass sich seit Langem bestehende Probleme noch verschärfen. Einige Strukturprobleme in der Infrastruktur vor Ort wie z. B. ein Wohnraum- und Lehrermangel und deren Lösung können in der Tat konkrete Reaktionen hervorrufen. (Studie der OECD)

Allerdings ist bereits ein wichtiger erster Schritt dahin getan, die Öffentlichkeit in ihrer Meinung zu einen und zu beschwichtigen und einen breiteren Konsens für die Politikgestaltung zu fordern, wenn anerkannt wird, dass Migration nicht die Hauptursache dieser Probleme ist.

Um die Studierenden an den Gedanken heranzuführen, dass uns unsere Werte und unser Welterbe einen, ganz gleich, woher wir kommen, schloss ich meinen Vortrag mit einem von der UNESCO und der Kommission unterstützten Video ab: The Value of Heritage (Der Wert des Erbes) https://www.youtube.com/watch?v=K1_f-GqaHHo&feature=youtu.be

Mariela Baeva

Vorwärts – Rückwärts – Stehenbleiben?

Wegfindung der FP-AP in Paris in diesem Frühling
und eine Auszeichnung

Das Ergebnis des Büro-Treffens in Paris gleich vorweg: Im November 2017 lädt Malta zum Seminar zu „Staatenlosigkeit“ ein. Und im Herbst 2018 ist das Thema des FP-AP Kolloquiums „Die Zukunft Europas“ – einschließlich der Zukunft der Europäischen Union - denn EU und Europa bedingen einander. Gastgeber wird voraussichtlich die belgische Delegation sein; der Veranstaltungsort Brüssel.

In der Generalversammlung wurde dazu lebhaft diskutiert: Wenn wir Europäer politisch stehen bleiben, verlieren wir. Stehenbleiben ist also keine Option. Weder für Andreas Manzella, Elisabetta Fonck und mich als Vertreter unserer FMA noch für die anderen Delegationen der ehemaligen Abgeordneten im Europarat.

Blick zurück – womöglich noch im Zorn (frei nach John Osborne „Blick zurück im Zorn“)? Nein!

Vorwärts? Ja!! Aber wie und in welche Richtung?

Das fortwährende Bemühen unserer demokratischen Gesellschaft ist seit nunmehr 72 Jahren nach Beendigung des 2. Weltkrieges mit all seinen Grausamkeiten Wegweiser in die Zukunft für Generationen von Jugendlichen. Rechtsstaatlichkeit, Bewahrung der Schöpfung, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Subsidiarität und die Politik der Achtung der Traditionen und der Gemeinsamkeiten sind der Reichtum der Europäischen Union. In keinem Supermarkt der Welt zu kaufen. Das lässt eben diese Welt auf uns schauen. Auch bisherige Krisen konnten letztendlich bewältigt werden.

Und doch bricht Altgewohntes, Bewährtes und mittlerweile Liebgewordenes weg. Hoffentlich ist es nur zugeschüttet durch die große Unruhe unserer Tage, nicht nur in der Europäischen Union. Kalter Egoismus, zerstörerischer Nationalismus und brutaler Terrorismus konterkarieren die bisherigen erfolgreichen Bemühungen um ein einiges Europa.

Professor Giulio Cipollone und Rektor Franco Imoda der Gregorian University Rom

erinnerten in ihren Gastvorträgen zu Recht an den Hochschullehrer für Geschichte und italienischen Politiker Giuseppe Vedovato (1912 – 2012) (Democrazia Cristiana). Er war von 1972 bis 1975 Präsident der Parlamentarischen Versammlung und erhielt 2003 vom Europarat die Ehrenpräsidentschaft. Die FP-AP zeichnet regelmäßig in seinem Namen Fotos aus, die wir zu signifikanten Ereignissen dem Vorstand einreichen.

Vedovato war Humanist, kein Träumer, ein Denker, kein Egoist. Seine Ansichten sind lehrreich. Ein Vorbild, von dem wir noch mehr brauchen. Vedovato zitierte gerne den Schweizer Philosophen und Vorkämpfer der europäischen Integration und des Europas der Regionen Denis De Rougemont (1906 – 1983): „Die Dekadenz einer Gesellschaft beginnt mit der Frage: „Was wird geschehen?“ statt „Was kann ich tun?““ - übereinstimmend mit John F. Kennedy: „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst.“

Präsident Lino De Bono begrüßte als neue Mitstreiter die Delegationsleiter von Norwegen und Finnland und appellierte, weitere Delegationen zu gewinnen. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligung von Studenten, Professoren, Wissenschaftlern und der Presse zur Verbreitung unserer Botschaft stehen ebenfalls im Fokus der zukünftigen Zusammenarbeit.

Der Präsident nutzte das Paris-Treffen zudem, um „eine von uns“ zu ehren, nämlich Karin Junker (PES, Germany (1989 – 2014)). Die Laudatio hielt ich: In über 50 Jahren SPD-Zugehörigkeit hatte Karin Junker etliche hochrangige Funktionen, war langjährige Vorsitzende der SPD-Frauenorganisation und ist Gründerin der SPE-Frauenorganisation. Sie kämpft unermüdlich für die Rechte der Frau und zudem um die Integration von Flüchtlingen. Ihr FP-AP-Deklarationsentwurf „Migration und Integration in Europa“ wurde 2010 in Kiew einstimmig angenommen.

Die gelernte Journalistin gehörte über viele Jahre dem Aufsichtsgremium des größten deutschen Rundfunkunternehmens WDR sowie dem deutsch-französischen Programmbeirat des Europäischen Kulturkanals ARTE an.

Sie fungierte als FP-AP- und FMA-Vizepräsidentin und leitete manche FMA-Delegation. Viele Artikel in unserem FMA-Bulletin tragen ihre Handschrift.

Brigitte Langenhagen

Ein neuer Blick auf das ganze Europa

Eigentlich war es Zufall, dass ich so viele bereichernde Jahre bei FP-AP verbringen konnte. FMA hatte gerade das Managing Committee neu gewählt, die bisherigen Delegierten standen nicht mehr zur Verfügung, die Aufgaben waren intern noch nicht neu verteilt, jedoch sollte FMA bei einem bevorstehenden Termin unbedingt vertreten sein. Mit Blick in meinen Kalender erklärte ich mich ad hoc dazu bereit. Damals war FMA noch nicht Mitglied bei FP-AP, sondern nur Beobachter. Aber der Mitgliedsantrag war gestellt, und ich sollte einen möglichst vertrauensserweckenden Eindruck machen, um die Aufnahme zu erreichen.

Zu meiner Freude traf ich auch auf einige bekannte Gesichter. Ehrenpräsident Uwe Holtz, mir wohl bekannt aus dem Deutschen Bundestag, steckte mir noch auf dem Flur zum Tagungsraum, einige Vorstandsmitglieder hätten sich gegen die Vollmitgliedschaft von FMA ausgesprochen, hier gelte es, Vorurteile abzubauen. Toller Start, dachte ich bei mir, wie soll das gehen, die meisten kennen mich nicht, und ich kenne sie nicht. Mein zweiter Eindruck war, dass ich doch durchaus willkommen war, weil sich damit das Erfahrungsspektrum erweiterte. Kurz gesagt, es klappte noch nicht beim ersten Treffen, aber FMA bestätigte mich als Delegierte, die Skeptiker stellten ihre Bedenken zurück, und bald waren wir vollwertige Mitglieder. Das erwies sich als nützlich für beide Organisationen. Ich lernte einen neuen Blick auf Europa über die Grenzen der Europäischen Union hinaus, und umgekehrt war es wohl ähnlich. Auch lernte ich europäische Regionen kennen, in denen ich vorher noch nie war, etwa Kiew oder Andorra, was nicht nur die geographischen Kenntnisse erweiterte.

Die Befassung mit Deklarationen zu politischen Grundsatzfragen war mir immer eine neue Herausforderung.

Zum Thema „Migration und Integration in Europa“ wurde ich selbst mit der Erarbeitung einer Deklaration beauftragt. Sie wurde 2010 in Kiew einstimmig angenommen und hätte eine gute Vorlage für die spätere Flüchtlingspolitik sein können. Das hat mir die damals schon verzweifelte Situation besonders von Italien und Malta vor Augen geführt, die nach den Dublin-Regeln von den Ländern jenseits des Mittelmeers (auch Deutschland!) ausgeblendet wurde.

Das hat mich motiviert, mich dem Thema weiter zu widmen und mich heute auch praktisch für die Integration von Flüchtlingen zu engagieren. Zur Zeit bin ich Patin für eine syrische Familie mit vier Kindern zwischen 5 und 15 Jahren.

Meine Verabschiedung von FP-AP fiel fast mit dem Internationalen Frauentag 2017 zusammen. Die wieder anwachsenden Demonstrationen gegen den Backlash in der Frauen- und Gleichstellungspolitik vor allem in den USA, in Polen und der Türkei bestimmten noch die Schlagzeilen. In Deutschland hatte man sich zu einem längst überfälligen Schritt entschlossen: die Ratifizierung der sogenannten Istanbul-Convention des Europarates zum Schutz von Frauen vor Gewalt, insbesondere häuslicher Gewalt, wurde endlich eingeleitet.

Nationalismus und Populismus greifen vielerorts (mit wechselndem Erfolg) um sich, in der Europäischen Union wie im Europarat. Die „europäischen Werte“ stehen mancherorts nicht mehr hoch im Kurs oder sind gleich ganz ausgehebelt. Die Besorgnis um den Bestand des einzigartigen Friedensprojektes Europäische Integration treibt nicht nur mich um. Umso wichtiger sind Organisationen wie FMA und FP-AP als Vorkämpfer für ein demokratisches Europa, das die Menschenrechte achtet und zu Pressefreiheit, unabhängiger Justiz und Gewaltenteilung steht. Mit „#puls of europe“ ist eine neue Bürgerrechtsbewegung entstanden, die genau für dieses Europa auf die Strasse geht. Europa ist noch nicht verloren!

Karin Junker

Malta oder die schatzinsel im mittelmeer ...

Unsere Organisation war am 3./4. April auf Dienstreise in Malta.

Wir konnten in die spannende Vergangenheit eines Landes eintauchen, das eine große Vision für Europa hat.

Die Geschichte dieses Landes kann wie folgt grob nachgezeichnet werden: Phönizier, heiliger Paulus, die Seeschlacht von Lepanto im Jahre 1571, die mit einem Sieg über das Osmanische Reich endete und das Bewusstsein für das Christentum in Europa weckte, die Herrschaft des Malteserordens bis 1798, die Konflikte zwischen den wichtigen katholischen Mächten, die Reformen durch Napoleon, die zur französischen Besetzung Malτας führten, der Wiener Kongress, der den Anspruch der Briten auf Malta bestätigte, und schließlich die Unabhängigkeit des Landes. In Malta werden die Konflikte Europas und des Mittelmeerraums veranschaulicht.

Aufgrund ihrer strategischen Lage im Herzen des Mittelmeerraums kam der Insel eine einflussreiche Rolle zu. Ihre Größe und die Zahl ihrer Einwohner fielen dabei nicht ins Gewicht.

Das seit 1964 unabhängige Malta trat 2004 der Europäischen Union und 2008 dem Euro-Währungsgebiet bei.

Malta ist ein sehr stolzes Land. Seine Hauptstadt ist ein Freilichtmuseum unserer Zivilisation. Hier überragen sich die Paläste („Auberges“), die von den Großmeistern der wichtigsten katholischen Mächte errichtet wurden, gegenseitig in ihrer Pracht. Diese sogenannten „Auberges“ dienen als Sitz des Präsidenten Malτας, des Premierministers und des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Geschichte und Gegenwart treffen hier täglich aufeinander.

Stararchitekt Renzo Piano verlieh dem Platz am Eingang zur Altstadt mit dem Bau des neuen Parlamentsgebäudes majestätisches Flair. Die Steine erzählen von der Vergangenheit, und mit dem zeitgenössischen Design des Plenarsaals wird der Blick gleichzeitig in die Zukunft gerichtet. Mit dem Bau eines eigenen Gebäudes wollte das Parlament, das seinen Sitz im Präsidentenpalast der Republik hatte, seine Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive betonen.

An den Empfang im neuen Parlamentsgebäude durch den Präsidenten der Versammlung und des Ausschusses für auswärtige und europäische Angelegenheiten schlossen sich eine Besichtigung der Räumlichkeiten und eine Aussprache über wichtige europäische Themen an.

Unsere Delegation, die von der Präsidentin der Republik, vom Premierminister der Labour Party und vom Präsidenten der Versammlung empfangen wurde, konnte einen Einblick in die Anstrengungen unserer maltesischen Kollegen auf europäischer Ebene gewinnen. Unsere Gruppe, die durch die Vielfalt ihrer Mitglieder bestach, stellte Fragen und gab Empfehlungen ab, und zwar in einer Zeit, in der es Europa an Selbstsicherheit fehlt und der Kontinent zu neuer Energie für die Zukunft finden muss.

Aufgrund seiner ereignisreichen Geschichte und seiner Fähigkeit, eine Vermittlerrolle einzunehmen und internationale Konferenzen zu organisieren, verfügt Malta über eine gute Position auf europäischer Bühne.

Der Premierminister hält an der Idee eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten fest. Das Tabu einer Europäischen Union, deren 27 Mitgliedstaaten alle gleich schnell vorangehen müssen, ist endlich gebrochen. Er bekräftigte die Ziele des maltesischen Ratsvorsitzes, indem er die 2016 vom Dreivorsitz (Niederlande, Slowenien, Malta) festgelegten Ziele in Erinnerung rief: Migrationspolitik, Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung des digitalen Binnenmarkts, Terrorismusbekämpfung als Priorität, Bewirtschaftung der Meere und Verfolgung eines spezifischen Ansatzes für den westlichen Mittelmeerraum.

Die maltesischen Behörden bekräftigten ihre Bereitschaft, eine Lösung für das Chaos in Libyen zu finden, und betonten ihre Unterstützung für eine demokratische Türkei. Unsere Delegation teilt diese Einschätzung.

Wir wurden am Marinestützpunkt von maltesischen Soldaten empfangen. Wir erhielten einen Einblick in die Funktionen und Aufgaben der Streitkräfte, insbesondere im Hinblick auf ihren Einsatz im Kampf gegen den Terrorismus. An Bord eines Bootes hatte unsere Delegation die Gelegenheit, Malta vom Meer aus zu erkunden. Die Mitglieder der Delegation kamen sich beinahe vor wie die Malteserritter, die auf dieser wunderschönen Insel ihre Spuren hinterließen.

2018 wurde Malta zur Kulturhauptstadt Europas ernannt. Für mich ist dies ein Beweis dafür, dass die Insel Schönheit, architektonische Größe und Kunst in all ihren Formen vereint. Besonders prachtvolle Beispiele sind die St. John's Co-Cathedral, deren

einzigartige barocke Architektur von den Großmeistern und der katholischen Kirche bewundert wurde, und Caravaggios Ölgemälde „Die Enthauptung Johannes des Täufers“, das durch die Chiaroscuro-Methode zum Meisterwerk avancierte.

Im Fokus der Gespräche mit unseren Gastgebern standen die Zukunft, Kultur und Politik Europas sowie die Bedeutung der europäischen Solidarität.

Die Gespräche wurden von unserem Freund Enrique Barón Crespo auf kompetente und erfahrene Weise geführt.

Jean-Paul Benoit

Treffen auf hoher Ebene in Malta

Wir begannen unseren institutionellen Besuch auf höchster Ebene. Marie-Louise Coleiro Preca, Präsidentin der Republik Malta, empfing uns im Palast San Anton in Attard, der offiziellen Residenz des Präsidenten der Republik Malta seit Einführung dieses Amtes im Jahr 1974.

In ihrer Begrüßungsrede sprach die Präsidentin Marie-Louise Coleiro Preca eindeutig aus dem Herzen. Vielfach verwies sie auf die Geschichte Maltas und erklärte, wie positiv der EU Beitritt Maltas im Jahr 2004 gewesen sei. Sie brachte ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Europäer in diesen schwierigen Zeiten die erforderliche Zeit aufbringen müssten, um eine Gesellschaft aufzubauen, die sich Hass, sozialer Ungerechtigkeit, Gier, Ausbeutung und Diskriminierung widersetzt. Sie hob die herausragende Bedeutung hervor, die ehemaligen MdEP dabei zukommen kann.

Sie sprach zudem die Alterung der europäischen Bevölkerung an, die Anlass zur Sorge gibt. Angesichts der sich verändernden Gegebenheiten bedingt sie eine Verhaltensänderung des Einzelnen und der Gesellschaft und erfordert Strategien, die die Anpassung an den demografischen Wandel erleichtern.

Der Vorsitzende des Vereins Enrique Barón dankte der Präsidentin für die herzliche Begrüßung und die Gastfreundschaft und erläuterte kurz die Funktion und die Programme des Vereins. In seiner Rede verwies er auf die maltesische Geschichte und die engen Beziehungen Maltas zu Europa. Er erinnerte insbesondere an das 15. Jahrhundert, als Malta Teil des mächtigen spanischen Weltreichs wurde und der spanische König Malta im Jahr 1530 dem Malteserorden übergab.

Enrique Barón Crespo hob die zentrale Rolle hervor, die Malta im Bereich der Zuwanderung gespielt hat.

Bevor wir den Palast verließen, hatten wir die Gelegenheit zu einer kurzen Besichtigung mehrerer Säle des Palasts, unter anderem des Saals, in dem die Porträts der Großmeister des Malteserordens zu sehen sind. Der Palast aus dem frühen 17. Jahrhundert diente den Großmeistern als Residenz und wurde im Laufe der Zeit mehrmals vergrößert. Während des Aufstands von 1798–1888 war der Palast Sitz der rebellischen Nationalversammlung und wurde anschließend Sitz der Zivilkommissare, Gouverneure und Generalgouverneure von Malta.

Als nächstes fand ein Treffen, gefolgt von einem Abendessen, mit dem Premierminister Dr. Joseph Muscat statt, einem ehemaligen Kollegen im Europäischen Parlament, der vom Finanzminister Prof. Edward Scicluna, auch ein ehemaliges MdEP, begleitet wurde.

Das Treffen fand in der Auberge de Castille statt, einem der schönsten Gebäude Maltas, das heute Amtssitz des Premierministers ist. Ursprünglich diente die in den 1570er Jahren erbaute Herberge in Valletta den Rittern des Malteserordens der Zungen Kastilien, León und Portugal als Unterkunft. Das heutige Gebäude wurde in den 1740er Jahren im Barockstil völlig neu erschaffen.

Da es keiner Vorstellung bedurfte, nahmen die Teilnehmenden die informellen Gespräche direkt auf. Das ausgesprochen interessante Treffen fand in einer entspannten Atmosphäre statt. Es glich einem Treffen alter Freunde, auf deren Schultern nun eine große Verantwortung ruht. Die Mitglieder der Delegation stellten im Rahmen des informellen Dialogs Fragen und äußerten Bemerkungen.

Wir sprachen ausführlich über die Prioritäten des maltesischen Ratsvorsitzes, unter anderem über Migration, Sicherheit, Binnenmarkt, soziale Inklusion, Nachbarschaftspolitik und maritime Wirtschaft. Außerdem wurden Themen wie Arbeitslosigkeit und der Schutz von Arbeitnehmern, Tourismus und Nachhaltigkeit sowie IKT und das Engagement der EU in den Bereichen Hochleistungsrechenstechnik und Massendaten als zukunftsweisende Technologien und Verfahren, die die computergestützte Forschung in allen Bereichen des öffentlichen Sektors und der Privatwirtschaft revolutionieren, erörtert.

Dieses großartige Netzwerk von MdEP kam im Rahmen eines ergebnisreichen Treffens wieder zusammen. Es wird viel und positiv über das Netzwerken gesprochen; manchmal lassen wir jedoch außer Acht, dass die ehemaligen MdEP ein interessantes und weitreichendes Netzwerk bilden, zu dessen Stärkung unser Verein beiträgt.

Bei unserem Besuch des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) am nächsten Morgen konnten wir uns von der maßgeblichen Bedeutung überzeugen, die Malta im Rahmen der Migrationskrise in der EU zukommt. Die wichtigste Aufgabe des EASO besteht darin, die Staaten zu unterstützen, deren Asyl- und Aufnahmesysteme unter Druck stehen, und das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) auszubauen, indem eine intensivere Zusammenarbeit mit und zwischen den Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Werte des GEAS – Gleichheit und Gerechtigkeit – gefördert wird.

